DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Der Schweizer Comedian Marco Rima fordert im
DW-INTERVIEW Wachsamkeit und friedvollen Widerstand. ⊙ Seite 12 und 13 Foto: Manfred Huber

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 127, Samstag, 1. April 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: BE69 9675 5966 2478

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Michael Meyen mit Giorgio Agamben

HIER GEHT'S LANG. | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | **SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!**

WIR VERGESSEN NICHT!



Mit einem Kranz wurde am 25. März 2023 der Opfer des Coronaregimes gedacht. Foto: Georgi Belickin

Am 28. März 2020 startete die größte demokratische Erhebung der deutschen Geschichte. Für das Grundgesetz, das Menschenrecht und gegen die Lügen einer Führungskaste, die im Angesicht ihres Niedergangs zu faschistoiden Mitteln griff.

Kinder wurden zu Mördern erklärt und hinter Masken gezwängt, Betriebe in den Ruin getrieben, das Land in Angst und Panik versetzt, Familien, Freundschaften und Beziehungen zerrissen.

Mit der sogenannten Impfung wurden schon laut Daten der europäischen Arzneimittelagentur EMA Millionen Menschen verletzt. 2.2 Millionen Fälle von Nebenwirkungen wurden dort gemeldet, 27.814 Tode und 623.775 schwerwiegende Nebenwirkungen (Datenstand 20. März 2023). Die Dunkelziffer ist weit höher, meinen Experten. Um dieses Verbrechen kommen mittlerweile selbst die großen Regierungs- und Konzernmedien nicht mehr herum.

Dies ist die Zeitung der Demokratiebewegung, die seit dem Frühling 2020 die Opposition zu Wort kommen lässt. Denn von Beginn an gab es aufrechte Wissenschaftler, Juristen, Mediziner und Demokraten, die der Lüge von der Jahrhundertseuche widersprachen, für den freien Rechtsstaat eintraten und dafür mit Schmähungen und Verfolgung bestraft wurden.

Auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, wo die Demokratiebewegung begann, trafen sich am vergangenen Wochenende Demokraten, um den Widerstand und dessen Siege zu feiern – wie die Verhinderung des allgemeinen Impfzwangs – und mit einer Kranzniederlegung den Opfern des Coronaregimes zu gedenken. Niemand wird zurückgelassen, niemand und nichts wird vergessen.

DER WEGGESPERRTE

Er brachte die Corona-Lüge im August 2020 mit Millionendemos zum Einsturz: Bürgerrechtler Michael Ballweg. Seit 29. Juni 2022 hält ihn das Terrorregime in Folterhaft in Stammheim. Sein Vergehen: Er sagt die Wahrheit.

Die Demokratiebewegung wächst mit jedem Tag, ⊙ Seite 6

INHALT #DW127

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 127. Ausgabe ab Samstag, 1. April 2023. | Redaktionsschluss war am 30. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Michael Meyen, Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye, Sophia-Maria Antonulas. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** BE69 9675 5966 2478



Mittelständler mit Tatkraft und Mut

Der Preis der Republik geht an Axel Turck.
LAUDATIO von Klaus Müller

Unternehmer Axel Turck, dessen Aluminium-Druckguss-Betrieb-Zulieferer unter anderem. für die Maschinenbauindustrie ist, spricht nicht nur immer wieder Klartext, er lässt seinen Worten auch stets Taten folgen.

Im Oktober 2020 unternahm er mit befreundeten Unternehmern eine 567 Kilometer lange Radtour von seinem Heimatort Lüdenscheid nach Berlin, um auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der wahnwitzigen Corona-Maßnahmen sowie die schon damals bedrohliche Situation des Mittelstandes aufmerksam zu machen. Dort angekommen, überreichte er der Pressestelle des Kanzleramts einen Brief, in dem die Standpunkte aus Unternehmersicht erläutert wurden. Bereits in DW 98 warnte er vor einer Deindustrialisierung: »Die Politik fährt unser Land bewusst und mit Ansage gegen die Wand.«

Turck engagiert sich gegen eine totalitäre Politik, ist aktiv in der Partei *Die Basis*, war mehrmals Gast im *Corona-Ausschuss*, zudem einige Male Demo-Anmelder und Redner. Von einer Festnahme am 12. Dezember 2020 in Erfurt, mehreren Verfahren gegen ihn (die später alle eingestellt wurden) und dem Versuch, ihn »medial zu zerstören«, ließ er sich nie einschüchtern. Im Gegenteil! Er konterte und zieht gegen die Protagonisten des Corona-Regimes vor Gericht: Als Inhaber und Geschäftsführer der *Emil Turck GmbH & Cie. KG* verklagte er Lothar Wieler und die Leopoldina (der Termin vor dem Landgericht Hagen ist am 26. April).

Für die Zukunft ist er positiv gestimmt: »Immer mehr Menschen merken, dass die Pandemie nur ein Witz war.« Derzeit engagiert er sich für die Aufdeckung eines weiteren Falles politischen Versagens: Es geht um die Lüdenscheider Talbrücke Rahmede (DW 119), die im Dezember 2021 aus Sicherheitsgründen gesperrt wurde und seitdem in der Stadt für Chaos sorgt. Wären alle Mittelständler in unserem Land so tatkräftig und mutig unterwegs wie Axel Turck, unsere Polit-Figuren könnten sich warm anziehen – und wir hätten wohl einige Probleme weniger.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN AXEL TURCK. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar.



Und die nächste Bank kündigte unser Konto! Mittlerweile ist es die elfte. Warum machen sie das? Opposition und Regimekritik soll verstummen. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: BE69 9675 5966 2478
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Verdächtige Erzähler

EINWURF von Werner Köhne

Es war einmal ein junger Mann, seines Zeichens ein Journalist. Er hörte auf den Namen Claas Relotius. Der Claas schrieb für den *Spiegel* Reportagen aus fernen Ländern, die so rührend gestaltet waren, dass ein Heer von Fakten-Kontrolleuren beim Hamburger Blatt glatt übersahen, dass es sich bei den Reportagen um Fälschungen handelte.

Sie waren auf ein attraktives *Storytelling* hereingefallen, das dieser Simplex Symphaticus ihnen da serviert hatte. Der versammelten Schar aus HH mitsamt Redakteuren und Chefredaktionen ging es wohl nicht um Fakten, Fakten, Fakten, sondern um die schön gerahmte Wahrheit, die zu Herzen geht. *Storytelling* eben.

Nicht viel später begann dann die Geschichte mit Corona, bei der es auch um Fakten und Wahrheit ging. Seither erlebt der Ausdruck »Narrativ« Hochkonjunktur. Benutzt von Freund und Feind. Gegenüber dem Storytelling wuchs sich das frisch intonierte Coronanarrativ im Alltagswirrwarr der Meinungen zu einer wahrlich komplexen Erzählung aus, die das gesamte Pandemiegeschehen umfasste. Bis heute – und es geht die Mär, dass es noch weiter geht, wenn etwa der Krieg in der Ukraine in eine erzählerische Form à la Bärbock gebracht wird. Man bewegt sich offensichtlich im Raum von Mythen, sehnt sich nach sinngebenden Geschichten – aber das funktioniert nicht.

Wie sollte auch in einer fragmentierten Welt der Werbe*clips* und viraler *Likes* und *Dislikes* der Begriff »Narrativ« zu irgendetwas taugen. Gleichwohl macht er sich schick zur Ausschaltung des Gegners.

Eine erste Definition des Wortes Narrativ lieferte übrigens Jacques Lacan, der den Philosophen Hegel als »bloßen« Erzähler bloßstellen wollte. Wo wir bei Hegel sind, ist Marx nicht fern. Der indes bezeichnete das Werk Hegels nicht als große Erzählung, sondern als eine Philosophie, die man vom Kopf auf die Füße stellen müsse – was hieß: Es ist nicht das Bewusstsein, das das Sein (Leben) bestimmt, sondern umgekehrt das Sein das Bewusstsein.

Aus diesen theoretischen Bezugsgrößen sind vor allem die maßnehmenden Protagonisten des Coronanarrativs inzwischen herausgewachsen – sie sind stattdessen hinabgestiegen in den Sumpf ihrer Hinterhältigkeiten, wo die schwülen Verdächtigungen ausgebrütet werden. Da sind Fakten egal.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

Frühlingsschlussverkauf der Demokratie

Ende Mai 2023 unternimmt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit einer Satzungsänderung und neuen internationalen Gesundheitsvorschriften den weltweiten Angriff auf Rechtsstaat, demokratische Verfassung und Menschenrecht. | Von Uwe G. Kranz

»Der Mai ist gekommen ...« – aber nein: Die Bäume sind es nicht, die ausschlagen. Wenn jemand am Sonntag, dem 21. Mai, bis Dienstag, dem 30. Mai 2023, ausschlägt, genauer: etwas durchboxen will, dann wird es die Weltgesundheitsorganisation (*WHO*) sein. Sie will auf ihrer 76. Generalversammlung das beschließen, was ihr *Executive Board* (dt. Führungsrunde) und das diesem zuarbeitende Komitee für Programm, Haushalt und Verwaltung seit langem im Stillen vorbereiten: Die Entmachtung aller Regierungen der Welt und die Vorbereitung der Eine-Welt-Herrschaft.

Das alles ist nachzulesen in den originalen *WHO*-Dokumenten auf deren Internetseite. Bereits auf der Pressekonferenz des Vereins für Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (*MWGFD*) am 15. März 2023 in München, die sich dem Thema »Genbasierte ›Impfstoffe‹ – Das Pharmaverbrechen des Jahrhunderts« widmete, beschrieb ich die aktuellen Bemühungen der *WHO*, ihre Verfassung mit sogenannten *Convention Amendments*, kurz CA+, zu ergänzen und die Internationalen Gesundheitsregularien (*IHR*) zu »modernisieren«, als kaum verschleierte Versuche, Machtverhältnisse in der Welt zu Gunsten der *WHO* drastisch und substanziell zu verschieben.

ES DROHT DER AUSVERKAUF DER STAATLICHEN SOUVERÄNITÄT

Auslöser dafür waren gewiss auch die eher suboptimale (klägliche) Rolle der *WHO* bei der internationalen Covid-19-Bekämpfung, ganz sicher aber der kurzfristige Finanzschock, den die *WHO* nach dem Austritt der USA unter Trump erlitten hatte. Jetzt soll die *WHO* also gepusht werden, dass die Schwarte kracht – möglichst ohne Widerspruch, möglichst ohne Umkehrmöglichkeiten. Aus der World Health Organisation wird eine »*World Hell's Organisation*«, kalauerte kürzlich ein Gesundheitsexperte. Verfassungsrechtler und alle anderen Juristen sollten das deutlich dramatischer sehen: Die Vorschläge kratzen heftig an der im Grundgesetz verankerten »Ewigkeitsklausel« der Bestandsgarantien für verfassungspolitische Grundsatzentscheidungen (Artikel 79, Absatz 3 GG), nach der Würde, Demokratie, und Rechtsstaatlichkeit als unabänderbar gelten.

UNGLAUBLICHE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE

Beide Grundpapiere strotzen nur vor *WHO*-Bindungskraft, -Weisungsrechten, -Kontrollen und supranationalem Impetus. Sie sehen vor, diese dramatische Machtverschiebung von souveränen Staaten zu supranationalen Gremien in unabänderlichen Stahlbeton zu gießen und machen damit den Weg frei in eine antidemokratische (wenn nicht gar diktatorische) und totalitäre Eine-Welt-Regierung, sinnbildlich zu beschreiben mit dem Bild eines zeitenwendegerechten Burgers, bei dem die *WHO* den oberen Burger-Patty darstellt, das *Weltwirtschaftsforum* (*WEF*) den unteren und dazwischen werden die Mitgliedsstaaten gepresst. Es ist das Ziel einer restlos unterworfenen Welt, in der wie folgt alles neu geregelt werden soll:

Die derzeit noch gültigen Prinzipien der »vollen Achtung der Würde, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten der Menschen« soll über Bord geworfen werden (Artikel 3). Die *WHO* will, dass die Generalversammlung den Begriff der »Würde« ganz streichen und durch Begriffe wie »Inklusion und Gleichheit« ersetzen soll. Die »Menschenrechte« sollen ihren Status als Prinzip verlieren; sie finden sich nur noch in Artikel 2. Die »Grundfreiheiten« sollen gänzlich verschwinden. Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (*IHR*) werden weit ins Vorfeld realer Gesundheitsgefährdungen ausgedehnt; die Kompetenz der *WHO* soll schon dann greifen, wenn der öffentlichen Gesundheit »potentielle Gefahren« drohen. Die Entscheidung darüber obliegt in einem bewusst komplex konstruierten Regelwerk letztlich doch ausschließlich dem Generaldirektor. Freie Fahrt für neue Anti-»Pandemie«-Maßnahmen also, auch wenn sie nur drohen könnten!

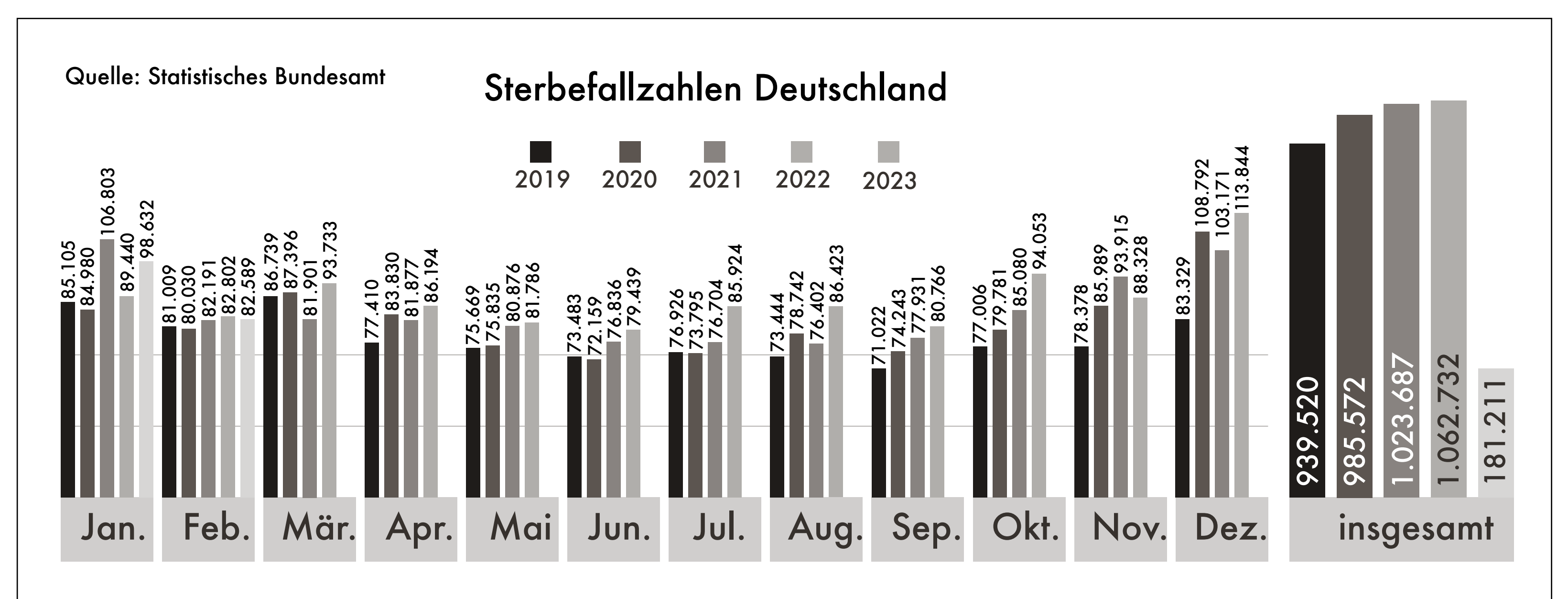
WHO-Expertenteams mit weitreichenden Befugnissen sollen innerhalb der Mitgliedsstaaten überprüfen, was an Vorgaben umgesetzt wurde, *WHO*-Sanktionsrechte (bis hin zu Beschlagnahmerechte) sollen die Umsetzungen beschleunigen.

Aus der einst nur beratenden, empfehlenden *WHO* soll ein UN-Leitungsorgan werden, dessen Modelle, Entscheidungen und Erklärungen rechtlich verbindlich werden (Artikel 1). Aus »Empfehlungen« sollen »verbindliche Vereinbarungen« werden, ein »Einhaltungsausschuss« soll die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Zusammenarbeit mit der *WHO* überwachen und kontrollieren. Ein »Überwachungsnetz« soll zur Stärkung der zentralen Rolle der *WHO* eingerichtet werden, damit »die Rolle der nationalen Gesundheitsbehörden bei der Verwaltung und Koordinierung mit den politischen, sektorübergreifenden, interministeriellen und Mehrebenen-Behörden für eine rechtzeitige und koordinierte Überwachung und Reaktion« sorgen kann. Da kann man nur sagen: Perfekt! Einmal hin, alles drin!

Dieser Text ist ein Ausschnitt des gleichnamigen Beitrags, der in voller Länge auf der Journalisten-Plattform ansage.org und bei mwgfd.org erschien. Der Text wurde stilistisch behutsam für den DW angepasst. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.



Wir bleiben! Zwei fest entschlossene Demonstranten mit klaren Botschaften.
Foto: Georgi Belickin



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde sogar ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

BUND SITZT AUF IMPFDOSEN FÜR 126 JAHRE

Berlin/DW. Wer hat sich denn da so heftig auf Kosten der Steuerzahler verrechnet? Wie der Blog *reitschuster.de* berichtet, antwortete das Bundesgesundheitsministerium auf zwei parlamentarische Anfragen des Bundestagsabgeordneten Thomas Dietz (*AfD*), dass »116,4 Millionen Covid-19-Impfstoffdosen an den Beständen des Bundes gelagert« sind (Stand Ende Februar). Und weiter: »Derzeit steht die Lieferung von insgesamt ca. 110,6 Impfstoffdosen mit einem Wert von rund 2,5 Milliarden Euro aus, zu deren Abnahme die Bundesregierung über die EU-Verträge verpflichtet ist.« Legt man den aktuellen Verbrauch an Impfdosen zugrunde, würden sie für etwa 126 Jahre ausreichen. (kmü)

HODENKREBS: PFIZER HAT BEHANDLUNG

New York/DW. 2022 sorgte eine Reihe von Hodenkrebserkrankungen bei Profisportlern für Wirbel: Allein in der Fußball-Bundesliga waren innerhalb nur weniger Monate gleich vier Spieler erkrankt (DW berichtete). Wintersport-Ikone Aksel Lund Svindal machte im September seine Erkrankung öffentlich. Der irische Cricketspieler Daniel Donnan verstarb im März 2023 mit 21 Jahren, wenige Tage nachdem bei ihm Hodenkrebs diagnostiziert worden war. Wie der Blog *tkp.at* berichtet, hat die *EMA* eine neue Behandlung gegen die Erkrankung zugelassen, die auf besonders aggressiven Hodenkrebs abzielt. Hersteller: *Pfizer*. (kmü)



ZWEI EURO UND NICHT MEHR

KOLUMNE MEDIEN

von DW-Mitherausgeber Prof. Michael Meyen

Die »Warmlaufübungen beginnen«, lästerte ein *MDR*-Portal am Montag. Es ging um den Rundfunkbeitrag. *ARD* und *ZDF* müssen bis Ende April melden, wie viel sie ab 2025 wollen. Schon jetzt ist sicher: Es wird zu viel sein.

Über 25 Euro, sagen die Leute von *Axel Springer*. »Heimlich« geplant von den »Bossen« um Kai Gniffke, die sofort gegengesteuert haben. Weniger als die Inflation, heißt es von dort. Wenn überhaupt. Ich könnte jetzt über ein Verfahren lästern, bei dem die einen (die Anstalten) mitteilen, wie viel Geld sie brauchen, und die anderen (eine Kommission, welche die Politik einsetzt) kaum nein sagen können. Das ist wie bei einem *Junkie*, der 500 Gramm Stoff beantragt, dann aber nur 495 bekommt. Teil dir den Koks halt ein, mein Lieber. Wir haben gerade nicht mehr.

Die Frage ist ja: Brauchen wir diesen Rundfunk? Was genau brauchen wir davon und was wollen wir dafür bezahlen? Wer diese Zeitung liest, der weiß, dass die Anstalten versagt haben. Lautsprecher der Regierung. Angstmacherei. Hetze gegen alle, die Fragen hatten und damit auf die Straße gingen. Das war schon vorher nicht wirklich besser, ist aber seit dem Frühjahr 2020 viel mehr Leuten klargeworden.

Die Mahnwachen von Jimmy Gerums Leuchtturm stehen seit Wochen vor den Häusern und werden nicht so leicht verschwinden.

Der Leuchtturm sagt »ja« zu einem Rundfunk, der uns allen gehört. Andere sagen: weg damit. Sonst bleibt alles, wie es ist.

Mein Vorschlag zur Güte: öffentlich-rechtlich pur. Nur Journalismus. Redaktionen mit festen Verträgen, geschützt von einem Statut, das Transparenz verlangt sowie den Verzicht auf jede Kungelei mit der Macht. Und am wichtigsten: Kontrolle durch uns. Lasst uns die Rundfunkräte wählen oder auslosen. Es kann nur besser werden.

So ein Programm muss nicht teuer sein. Ein Euro pro Haushalt und Monat: Das macht fast eine halbe Milliarde im Jahr. Mehr als genug für einen 24/7-Infokanal und für eine Mediathek, die nicht sofort wieder alles löscht. Selbst Radio ist noch drin.

Der Kontrafunk kostet 1,8 Millionen. Einen zweiten Euro würde ich für eine Lokalseite geben, die genauso funktioniert. Damit ist es dann aber auch genug. Auch ein DW-Abo kostet schließlich Geld.



AN IHRER SPRACHE WERDET IHR SIE ERKENNEN!

Die rhetorischen Tricks der Kriegstreiber

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Wer auch immer in den vergangenen Monaten die Militärdoktrin der Westmächte im Ukraine-Krieg in Frage gestellt hat, wurde böse angefeindet. Dabei fällt auf, dass jede inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kritikern jener Doktrin zielgerichtet vermieden wird.

Besonders prominente Opfer der Medienhetze sind Gabriele Krone-Schmalz, Daniele Ganser und Ulrike Guérot. Krone-Schmalz hatte am 14. Oktober 2022 an der Volkshochschule in Reutlingen einen Vortrag gehalten, in dem sie von Fehlern des Westens im Umgang mit Russland sprach und sich für Geheimdiplomatie zur Konfliktlösung einsetzte. Auf *t-online* vom 31. Oktober 2022 und vom 3.1 November 2022 wurde dieser Vortrag verrissen.

Ganser, der momentan in Deutschland auf Vortragsreise weilt, wurde auf *t-online* vom 10.2.2023 als »Verschwörungsunternehmer« apostrophiert. Und zu Guérot heißt es auf *t-online* vom 2. November 2022: »Man kann Guérot nicht mehr auf Studierende loslassen«.

Aber auch die Teilnehmer der Friedensdemonstrationen bekommen ihr Fett weg: Diese »Querfront« (diesen Ausdruck kennen wir schon aus der Coronazeit) verlange, so der *Spiegel* vom 22. Februar 2023, von der Ukraine, »sich mit ihren Mördern und Vergewaltigern zu arrangieren«.

Harter Tobak. Aber leider finden wir in diesen Artikeln die gleichen Propaganda-Tricks wieder, die wir schon aus der Corona-Zeit kennen:

Trick 1: »Die haben doch keine Ahnung, hört lieber auf die ›richtigen‹ Experten!«.

Sowohl Ganser als auch Krone-Schmalz wird entgegengehalten, sie veröffentlichten nicht in qualitätsgesicherten



Demonstranten in Ramstein senden ein klares Zeichen für den Frieden. Foto: Georgi Belickin

wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Krone-Schmalz sei schon lange nicht mehr als Journalistin in Russland aktiv, und ihre Dissertation sei dünn und werde »nirgends zitiert«. Ganser und Krone-Schmalz seien »manipulativ«. Krone-Schmalz präsentiere eine »Maske der inszenierten Professionalität und Seriosität«.

Guérot wird sogar unterstellt, sie verdanke ihre Berufung an die Universität Bonn ihrer Reichweite in den sozialen Medien und flachen, jedoch gut verkauften Büchern. So etwas Lächerliches kann nur behaupten, wer noch nie in einer akademischen Berufungskommission gesessen ist.

Die Experten, an die sich *t-online* gewendet hat, nämlich Klaus Gestwa und Franziska Davies, hätten die Chance gehabt, dem Leserpublikum mithilfe klarer Fakten und solider Quellen zu erläutern, wie der Ukraine-Konflikt aus ihrer Sicht einzuordnen ist. Davon findet man allerdings in den *t-online*-Beiträgen nichts. Gestwa setzt Krone-Schmalz nur gegenteilige Behauptungen entgegen, die er aber durchweg nicht belegt. Und wie geht Gestwa damit um, dass NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg laut *Berliner Zeitung* vom 10. Februar 2023 geäußert hatte, der Krieg in der Ukraine habe bereits 2014 begonnen?

Trick 2: »Die sind gefährlich«.

Daniele Ganser sei dies gerade deshalb, weil er sich so unaufgeregt und sachlich gebe. Dieses Muster kennen wir auch schon von Corona: Wolfgang Wodarg verbreite »gefährliche Verschwörungstheorien« (*taz* vom 19. März 2020). Und der *Tagesspiegel* schrieb am 29.Mai 2020 über Stefan Homburg: »Er nennt solide Zahlen und zieht Schlüsse, die nur schwer zu widerlegen sind – und gerade das macht ihn so gefährlich«.Aber für wen eigentlich gefährlich? *t-online* vom 10.Februar 2023 zitiert den bayerischen Antisemitismusbeauftragten Ludwig Spaenle: »Verschwörungsideologen (wie angeblich Ganser) verfolgen nur das eine Ziel, die Gesellschaft zu spalten, um schlussendlich die Demokratie zu zerstören«. Wie bitte? Wer anderer Meinung ist als die Regierung und das auch noch öffentlich sagt, gefährdet die Demokratie? Schon mal was davon gehört, dass Demokratie vom Dissens lebt?

Trick 3: »Mit denen darf man gar nicht erst reden«.

Franziska Davies und Klaus Gestwa hatten versucht, den Volkshochschul-Vortrag von Krone Schmalz zu verhindern. Davies äußerte zudem, sie würde sich nie mit Krone-Schmalz auf ein Podium setzen, »weil man sie damit als ernst zu nehmende Position legitimieren würde«. Gestwa setzt noch einen drauf: Die Verwendung des Begriffs Cancel Culture sei »oftmals das Wutgeheul derjenigen, die für ihren offensichtlichen Unsinn öffentliche Kritik ernten.«

Eine typische Reaktion von Menschen, die für ihre Meinung zwar keine Argumente haben, aber Angst haben, dass eine abweichende Meinung (für die es vielleicht tatsächlich Argumente gibt?) sich durchsetzen könnte. Und zugleich ein Zeichen von Überheblichkeit: Mit welchem Recht bestimmt Gestwa, was »offensichtlicher Unsinn« ist?

Der perfideste aller Propaganda-Tricks besteht darin, jene, die sich gegen Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen und für eine Verhandlungslösung aussprechen, als »Putin-Versteher« zu *framen* – als Verbündete eines potentiellen Kriegsgegners und damit als Landesverräter. Wer verhandeln will, muss verstehen, warum der Kontrahent so handelt, wie er handelt. Das bedeutet noch lange nicht, das Handeln des Kontrahenten gutzuheißen. Die Befürworter einer Verhandlungslösung wollen doch gerade, dass Mord und Vergewaltigung in der Ukraine aufhören!

Wer die Russen mithilfe von Kriegshandlungen aus dem Donbass vertreiben will, muss die Frage beantworten, die Juli Zeh im *NDR*-Interview vom 2.7.2022 zu Recht stelte: »Ist es denn wirklich wahrscheinlich, dass man Russland militärisch so besiegen kann, dass am Ende die Ukraine in ihren alten Grenzen wieder zum Bestehen kommt?«



Foto: wikipedia

ZITAT DER WOCHE

»Hätte mir zuvor jemand erzählt, was in den letzten drei Jahren geschehen ist, ich hätte ihn selbst als Aluhutträger und Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Doch dieses Komplott, [...] welches einen weltweiten Panik-Hype auslöste, um die Massenanwendung eines vollkommen ungeeigneten wie gefährlichen Arzneimittels durchzusetzen, und das alles im vollkommenen Einklang mit der Weltpolitik, den Wissenschaftsverbänden und der Weltpresse, das verschlägt einem regelrecht den Atem.«

Dr. Gunter Frank, Arzt und Autor (aus seinem aktuellen Buch »Das Staatsverbrechen«)

DER GERICHTSSAAL IST KEIN BEHANDLUNGSZIMMER

Über bevormundende Richter, die meinen, Gedanken lesen zu können. | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla



Alle auf die Straße: Widerstand ist wichtiger denn je – auch gegen bevormundende Richter. Foto: DW/Privat

Das Amtsgericht Hannover verurteile meinen Mandanten Robert S. wegen des Gebrauchs eines angeblich falschen Attests, welches ihm die Ärztin Dr. Carola Javid-Kistel ausgestellt hatte – dagegen sind wir in die Berufung gegangen.

Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr ein falsches Attest benutzt, der macht sich nach Paragraph 279 des Strafgesetzbuches strafbar. Das Amtsgericht in Hannover hat nun einen Patienten von Dr. Carola Javid-Kistel den Gebrauch eines solchen falschen Attests vorgeworfen und Robert S. zu 60 Tagessätzen verurteilt.

RICHTER ALS ÜBERÄRZTE?

Aber wann ist ein Attest eigentlich »falsch« im Sinne des Gesetzes? Wie die Richterin selbst ausführte, kommt es bei der Beantwortung der Frage, ob ein Attest richtig oder falsch ist, darauf an, ob eine körperliche Untersuchung stattgefunden hat. Das Besondere an dem Fall war, dass der Robert S. zunächst bei seinem Lungenarzt war, der ihm ein Attest vorenthalten hatte.

Nun meinte die Richterin beurteilen zu können, welchem der beiden Ärzten mehr zu glauben sei, um dann feststellen zu können, welche Arztmeinung falsch war. Es kam, wie es kommen musste und die Richterin meinte, dass das Attest von Dr. Javid-Kistel, falsch sei.

Eine solche Beurteilung steht einer Richterin aber gar nicht zu. Ein Attest ist ein Urkundenbeweis. Die Beweiskraft der Urkunde ist aber nur dann anzuzweifeln, wenn ganz offensichtliche Tatsachen vorliegen, die belegen, dass es sich um eine Fehldiagnose handeln muss. Das typische Beispiel ist der Arbeitnehmer, der wegen eines Armbruchs krank geschrieben wurde, dann aber von seinem Arbeitgeber als Teilnehmer einer Musikband beim Trommelspielen gesehen wird.

RAUCHER MÜSSEN MASKE TRAGEN?

Robert S. leidet nachweislich an Asthma und COPD, was beide Ärzte festgestellt hatten. Eine falsche Diagnose oder Beurteilung lag also nicht vor, und eine körperliche Untersuchung hatte stattgefunden. Die Richterin unterstellte jedoch, dass das Attest aus ideologischen Gründen ausgestellt worden sein. Zudem sei Robert S. auch Raucher gewesen. Eine solche inhaltliche Beurteilung verbietet sich aber, denn der Gerichtssaal ist schließlich kein Behandlungszimmer. Dies hatte ich auch bereits dem Richter in Köln gesagt, in dem Prozess gegen den Kölner *HNO*-Arzt Dr. S. Daraufhin wurde der Prozess in Köln gegen Auflage auch eingestellt. Mein Mandant Dr. S. hatte nach eigenen Angaben damals rund 900 Atteste ausgestellt.

Der Richter ist grundsätzlich nicht dazu befugt, zu überprüfen und eine medizinische Expertise in Zweifel zu stellen. Es kommt nur darauf an, ob eine Untersuchung stattgefunden hat und wenn jemand Raucher ist, dann braucht er vielleicht grade deshalb eine Befreiung von der Maske – dies kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Einen Richter geht es schlicht nichts an, ob jemand raucht oder nicht – sie ist ja nicht die Mutter von Robert S.

Letztlich kommt es aus der Sicht eines Patienten auf all dies gar nicht an, wie schon das Amtsgericht in München feststellte, denn hier fehlt es jedenfalls an dem Vorsatz, das Attest zur Täuschung im Rechtsverkehr zu gebrauchen. Ein Patient muss sich nämlich auf die Expertise seines Arztes verlassen können, selbst wenn diese falsch sein sollte. Wenn der Arzt ihm bestätigt, er könne keine Maske tragen, dann fehlt es an einem Täuschungsvorsatz, denn schließlich glaubt der Patient daran, was der Arzt im bestätigt hat und handelt daher ohne Vorsatz.

Deshalb kommt es nicht darauf an, dass eine ideologische Richterin nicht mit der Ausstellung eines Attests »einverstanden ist« und meint, dass man doch vorher mal mit dem Rauchen aufhören muss. Nein, der Gerichtssaal ist eben kein Behandlungszimmer, der Richter ist kein Arzt – und dies muss auch so bleiben! Vom Ausgang des Berufungsverfahren werden wir bald berichten.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Landwirte bangen weiter um ihre Existenz

In Büsum kam es zu einem Aufeinandertreffen von Bauernsprecher Anthony Lee und Landwirtschaftsminister Özdemir – mit ernüchterndem Ergebnis. | Bericht von Klaus Müller



Werden keine guten Freunde mehr: Bauernsprecher Anthony Lee in Büsum auf der Bühne mit Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir.

»Ich befürchte, die *Grünen* um Minister Cem Özdemir wollen die Landwirtschaft in unserem Land abschaffen», erklärte Bauernsprecher Anthony Lee (*LSV*) im Interview mit *DW* (Ausgabe 124).

Nun kam es anlässlich der Agrarministerkonferenz in Büsum (22. bis 24. März), die von Protestaktionen von rund 1.000 Landwirten und Krabbenfischern begleitet wurde, zu einem Aufeinandertreffen der beiden auf offener Bühne. Bei einem kurzen Dialog ging es um das Mercosur-Abkommen. Über dieses Handelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten (u. a. Brasilien) wurde bis 2019 fast 20 Jahre verhandelt. Trotz Einigung liegt es seitdem auf Eis. Özdemir will es nun durchdrücken, stellte sich zuletzt bei seiner Südamerika-Reise demonstrativ hinter das Abkommen, obwohl die *Grünen* es einst als Oppositionspartei etwa aufgrund negativer Auswirkungen auf die Umwelt und die Ernährungssouveränität noch vehement abgelehnt hatten. Landwirte sehen sich wegen Handelsabkommen wie Mercosur und Ceta (EU/Kanada) und Flächenstilllegungen in ihrer Existenz bedroht, Krabbenfischer aufgrund eines geplanten EU-Verbots von Grundschleppnetzen.

Lee machte gegenüber Özdemir auf die Folgen für Deutschland aufmerksam: Abbau der eigenen Landwirtschaft, Wegfall von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen, hoher CO2-Fußabdruck. Zudem verwies er auf fehlende Standards bei den importierten Waren und forderte Waffengleichheit. Laut Greenpeace sind beispielsweise 20 Prozent aller Früchte, die aus Brasilien in die EU importiert werden, mit verbotenen Pestiziden belastet. »Ist unsere Selbstversorgung gesichert?«, wollte Lee von Özdemir wissen. Doch dessen Antwort sorgte für Ernüchterung. Er verspottete die Landwirte als »*Greenpeace*-Fans«. Auf die gestellte Frage ging er nicht ein, sprach stattdessen von »fairen Wettbewerbsbedingungen und Quoten« und bot eine Zusammenarbeit an. Hoffnung für die Landwirte? Mitnichten! »Davon verspreche ich mir gar nichts. Mit fachlicher Praxis hat Özdemirs Handeln nichts zu tun. Wir verlassen uns darauf, dass wir künftig aus Ländern, in denen Millionen Menschen hungern, immer Essen geliefert bekommen. Das ist abenteuerlich“, erklärte Lee gegenüber dem *DW*.

Die Kehrtwende der *Grünen* beim Mercosur-Abkommen kann der Landwirt nicht nachvollziehen. »Das einzige Argument, das Özdemir bringt: Wenn wir Mercosur nicht umsetzen, machen es die Chinesen. Aber ich kann doch nicht 20 Jahre zurecht dagegen wettern, um es dann doch tun, nur um den Chinesen zuvorzukommen. Das entbehrt jeglicher Logik.«

Wie geht es nun weiter? Lee und Kollegen möchten die *Freien Wähler* unterstützen. Da die Partei noch recht wenig Mitglieder habe, könne man sich aktiv politisch beteiligen und das vorantreiben, was für den ländlichen Raum, der auf vielen Ebenen derzeit ausblutet, unabdingbar sei. Vorbild ist laut Lee die neue Bauern- und Bürgerbewegung *BBB*, die bei den Provinzwahlen in den Niederlanden zuletzt auftrumpfte. Und Lee hat noch eine weitere Hoffnung – nämlich dass sich das bürgerliche Lager zusammenschließt: »Es muss doch jeder erkennen, dass es in Deutschland so nicht weitergehen kann.«

MELDUNG

HEIZUNGSVERBOT FÜR ÖL UND GAS: HABECK RUDERT ZURÜCK

Berlin/DW. Eigentlich wollte Wirtschaftsminister Robert Habeck (*Grüne*) den Einbau neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024 untersagen und ab 2045 komplett verbieten. Doch bei den über 30-stündigen Marathon-Verhandlungen im Koalitionsausschuss, bei denen es zeitweise mächtig gekracht haben soll, stellte sich die *FDP* quer und kippte Habecks Plan.

»Es wird keine Austauschpflicht für bestehende Heizungen geben“, bestätigte *FDP*-Chef Christian Lindner. Er freue sich über die beschlossene »Technologie-Offenheit«. (kmü)

WEGEN BELEIDIGUNG GEGEN SÖDER: KÜNSTLER MUSS 2.700 EURO ZAHLEN

Nürnberg/DW. Ein Künstler muss 2.700 Euro Strafe bezahlen, weil er Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (*CSU*) mit einem Graffiti an der Wand einer Scheune im Nürnberger Stadtteil Katzwang beleidigt haben soll.

Unter dem Schriftzug »Liebesgrüße aus Bayern« war eine Figur in einer der Waffen-SS ähnelnden Uniform abgebildet, deren eine Gesichtshälfte eine Ähnlichkeit mit Söder aufweist, die andere den Teil eines Totenkopfs darstellt. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
ALBSTADT: Sonntag 14.00 • Zollernalbkurier • Bürgerturmplatz
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BERLIN: Donnerstag 13.00 • ZDF Hauptstadtst. • Unter den Linden 36
BERLIN: Donnerstag 14.00 • ARD Hauptstadtst. • Wilhelmstr. 67A
BESIGHEIM: Montag 19.00 • NeckarEnzBote • Bahnhofstr. 8A
CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr. • Kaemmererplatz 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN: (A) Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh Greene Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KOBLENZ: Montag 19.00 • Rheinzeitung • Clemensplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Rundfunk • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag 18.00 • Südkurier • Hofstatt
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwisterscholl Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 1.4.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 1.4.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 1.4.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 1.4.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 1.4.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 1.4.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 1.4.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 1.4.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 1.4.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 2.4.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 2.4.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 3.4.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 3.4.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 3.4.2023 18-20:30 Uhr	Bruchsal, Marktplatz/Rathaus	Kundgebung und Aufzug
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 3.4.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 3.4.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Pestalozzistr.10	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 3.4.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.4.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 3.4.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 3.4.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 3.4.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 4.4.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 4.4.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 4.4.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 4.4.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 4.4.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 5.4.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 5.4.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 5.4.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 5.4.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 5.4.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 5.4.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 5.4.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 5.4.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 5.4.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 5.4.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 6.4.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 6.4.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 6.4.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 6.4.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 6.4.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 6.4.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 6.4.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 6.4.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 7.4.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 8.4.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 8.4.2023 13-18 Uhr	Berlin-Wedding, Müllerstr. 147	OSTERMARSCH
Sa, 8.4.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 8.4.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 8.4.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 8.4.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 8.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung
Sa, 8.4.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 8.4.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 8.4.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 8.4.2023 14-18 Uhr	München, Odeonsplatz	OSTERDEMO
Sa, 8.4.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 8.4.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 9.4.2023 11-18 Uhr	Karlsruhe, am Schloß Rüppurr	Osterfriedensmarsch
Sa, 29.4.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



MEHR ALS EINE FLAGGE

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Vom Arvid Kappelt

Kennen Sie den Film *Hello, Mr. President*? Er ist ein Lehrstück des demokratischen Streits, verbunden mit dem Aushalten von anderen Einstellungen. Im Mittelpunkt des Films steht die Aussage, eine andere Position auch dann zu ertragen, wenn einen diese zur Weißglut treibt.

Die Handlung: Der verwitwete Andrew Shepherd ist Präsident der Vereinigten Staaten. Er trifft die Umweltlobbyistin Sydney Wade und die beiden treffen eine Vereinbarung bezüglich der Gewinnung von Stimmen für ein neues Umwelt- sowie für ein verschärftes Waffengesetz. Es entwickelt sich eine Romanze und dann eine Liebesbeziehung. Für den republikanischen Oppositionsführer Rumson ist das eine günstige Gelegenheit zum Start einer Diffamierungskampagne. Unter anderem legt Rumson alte Bilder der Öffentlichkeit vor, auf der S. Wade als junge Frau bei einer Protestaktion eine Flagge der USA verbrennt. Mit der Liebesbeziehung erhalten die politischen Gegner immer mehr Aufwind; die Umfragewerte für den Präsidenten sinken. Er entscheidet sich schließlich dafür, dem Waffengesetz mehr Bedeutung beizumessen als den Regelungen für eine neue Umweltpolitik, das bedeutet Ärger mit seiner Liebsten und der Präsident überdenkt seine Entscheidung. Er nutzt eine Pressekonferenz seines Stabsbereichs mit einem für alle anwesenden Journalisten überraschenden Auftritt. Er hält eine leidenschaftliche Rede mit folgenden Worten:

»Du willst das Recht der freien Rede? Dann zeige uns doch, dass Du einen Mann anerkennst, dessen Worte Dich zur Weißglut bringen, der dazu in der Öffentlichkeit aus Leibeskräften etwas vertritt, was Du Dein ganzes Leben mit Deinen Leibeskräften ablehnen würdest. Du behauptest, dies sei das Land der Freien? Dann darf das Symbol des Landes nicht nur eine Fahne sein.«

Lassen wir einmal den in Deutschland geltenden Straftatbestand des Verbrennens der Fahne eines Staates außen vor. In der beschriebenen Passage wird verdeutlicht, wie Haltung eine Kultur der Auseinandersetzung aussehen sollte.

Doch schauen wir uns hingegen an, was in den vergangenen Jahren in Deutschland zu verzeichnen war, stellen wir fest, dass zu oft Sachdiskussionen persönlichen Abwertungen weichen mussten. Und das scheint sich von Woche zu Woche zu steigern, und geht mitunter über zu Ausgrenzungen, Rücknahme von Einladungen und Auftrittsverboten für Menschen, die Aspekte außerhalb der eigenen Komfortzone benennen. Was damit wächst: die Entmündigung der Bürger.

Dieser Kommentar wurde für den DW sinnwahrend bearbeitet und gekürzt. Auf *www.echte-polizisten.de* ist er in voller Länge abrufbar.



Kayvan Soufi Siavash mit klarer Ansage: Er fordert direkte Demokratie! Foto: Georgi Belickin

Jubiläumsdemo

Auszüge aus zwei starken Redebeiträgen

Bei der Jubiläumsdemo am 25. März auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin wurden großartige Reden gehalten, so u. a. von Kayvan Soufi Siavash und Dolli (Von Mensch zu Mensch-Aktionen). Der DW bringt Auszüge aus diesen zwei Vorträgen…

KAYVAN SOUFI SIAVASH: »WIR BRAUCHEN DIREKTE DEMOKRATIE!«

»Was bleibt uns als Deutschland, um nicht unterzugehen? Wir brauchen endlich eine europäische Perspektive und eine unabhängige deutsche Außenpolitik. Diese Politik kann sich nur am Frieden mit unseren Nachbarn orientieren. Wandel durch Handel sollte die deutsche Losung sein. Innerhalb einer US-hörigen gelenkten Demokratie ist diese Politik nicht möglich, denn sie wird sabotiert. Wir brauchen direkte Demokratie. Wollt Ihr direkte Demokratie? Alle vier Jahre sein Kreuz zu machen, ist eine Simulation von Demokratie. Partei-Programme müssten von ihrer Kernaussage verpflichtend sein. Wer wie die Grünen mit dem Verbot von Rüstungsgütern in Krisengebiete wirbt, um danach das Gegenteil zu tun, ist ein Betrüger. Die Wahl sollte wiederholt werden oder der Export verboten. In der Folgelosigkeit für offensichtliche politische Täuschung liegt das Dilemma für den Verlust des Vertrauens in demokratische Institutionen. Bei uns findet der Wahlbetrug nach der Wahl statt. Wir brauchen Wahlbeobachter zwischen den Wahlen, nicht nur davor.

Unser Problem ist unser Geldsystem: Private Banken schöpfen Geld aus dem Nichts und haben dabei den Bezug zur Realwirtschaft vollkommen verloren. Das alles mit Zins und Zinseszins. Und diese Konstruktion führt zwangsläufig immer in den Krieg. Es herrscht Wachstumszwang. Das führt zu Krieg. Dass wir ausgerechnet in einer Wirtschaftsnation wie der BRD darüber nicht sprechen dürfen, hat viele Gründe. Der wesentliche ist der politische Klimawandel und der ist zu 100 Prozent von Menschen gemacht von sehr wenigen Menschen in einer für die meisten unsichtbaren Machtpyramide: Aktuell, so Oxfam, verfügen acht Menschen über dasselbe Vermögen wie die untere Hälfte der Menschheit – das sind 3,5 Milliarden. Acht haben so viel Macht wie 3,5 Milliarden Ohnmacht. In einer derart ungerechten Welt kann es keinen Frieden geben. Wer eine derart ungerechte Welt nicht anprangert, ist an echtem Frieden überhaupt nicht interessiert, sondern im Gegenteil: Er benötigt die ungerechte Verteilung, um seinen Krieg gegen die Menschheitsfamilie führen zu können.

Mein Rat an alle: Folgen Sie Ihrem Herz. Ihr Herz ist deutlich schwerer mit Propaganda zu manipulieren als Ihr sogenannter Verstand. Glauben Sie nicht alles, was Sie denken. Denn diese Gedanken stammen nicht von Ihnen, das ist Propaganda.

Werden Sie Teil der Friedensbewegung, Teil der Friedhofsbewegung sind Sie schon. Überwinden Sie die Angst, mutig zu sein. Machen Sie sich selber stolz, indem Sie Empfehlungen der Regierung zurückweisen, die nur dazu dienen, Ihre eigene Ohnmacht zu stabilisieren. Sie sind nicht ohnmächtig, Sie haben im Gegenteil die Macht – die Macht, an der richtigen Stelle nein zu sagen …«

DOLLI: »WEITERMACHEN BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG!«

»Ziehen wir mal eine Bilanz nach drei Jahren Demokratiebewegung. Was haben wir erreicht? Wir haben den Impfzwang abgewehrt. Wir haben bundesweite, weltweite Demonstrationen durchgeführt und gehen auch hier und heute und immer noch weiter auf die Straße. Der Demokalender wird immer größer und größer. Dann haben wir es geschafft, dass die Maßnahmen endlich aufgehoben worden sind. Was wir aber nicht geschafft haben, ist, dass diese ganzen Verbrecher des Covid-Regimes endlich dort sind, wo sie hingehören: Alle ins Gefängnis. [...] Wir müssen unbedingt weitermachen bis zum umfassenden Sieg. [...] Unser aller Leben ist drei Jahre in der Freiheit beschränkt worden. Wir wurden diffamiert, politisch verfolgt, in unserer Freiheit beraubt. Wir wurden zu Hause besucht.

Kommen wir zu dem, was funktioniert und nach drei Jahren immer noch da ist. Das wäre zum einen der Demokratische Widerstand. An der Stelle mal einen fetten Applaus für die Jungs und Mädels, die seit drei Jahren – das ist eine Wochenzeitung – Woche für Woche da sitzen und das Ganze auf Papier bringen. Und an der Stelle sei auch mal gesagt, dass sie nicht wie andere waren und abgecasht und gesagt haben: ›Spendet, spendet und wir machen nichts.‹ Sie haben jeden einzelnen Cent hier reingesteckt und immer wieder darum gekämpft, dass die Zeitung gedruckt werden kann. Das sind erhebliche Kosten, die jedes Mal entstehen. Aber deswegen bin ich so stolz darauf und unterstütze es weiterhin, weil es echt krass ist, dass sie es durchgezogen haben und auch immer noch machen …«



GUNNAR KAISER: »HABE ICH GENUG GETAN?«

Nachdem er sich eine Weile rar gemacht hatte, meldete sich der an Krebs erkrankte Schriftsteller und Philosoph Gunnar Kaiser nun in einem sehr persönlichen Video zu Wort. In dem Clip mit dem Titel »Habe ich genug getan« erklärte er, der in den letzten drei Jahren vielen Menschen mit seinen weise formulierten Philosophien Hoffnung gemacht hat: »Ich habe drei Jahre lang wohl nicht genug getan. Nicht genug für mich.« Es gehe ihm nicht gut. Die Ärzte geben ihm nicht mehr viel Zeit. Die komplette Redaktion des DW wünscht ihm ganz viel Stärke und Kraft. Er ist und bleibt einer der großen Helden des Widerstands!



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-AUFNAHME



DIE JOURNALISTEN UND MEDIENENTWICKLER KAYVAN SOUFI-SIAVASH (KENFM, APOLUT.NET) UND ANSELM LENZ (DW-ZEITUNG, DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE) IN DER BESTANDSAUFNAHME.

- WEIẞRUSSLAND UND DAS GEDENKEN VON CHATYN.
- 28. MÄRZ 2023. DREI JAHRE DEMOKRATIEBEWEGUNG, S'IL VOUS PLAÎT! DARFS SONST NOCH WAS SEIN?
- MEINUNGSFREIHEIT: NUR NOCH PER GERICHTSBESCHLUSS?

K.S.S.: Das Land Weißrussland wird sanktioniert, weil die noch immer mit ihrem Nachbarn Russland sprechen und sich nicht an den Sanktionen gegen Russland beteiligen. Dann wird immer gesagt, der dortige Präsident sei kein lupenreiner Demokrat, was immer das bedeutet nach Barack Obama. Während der Coronazeit war das Maskentragen dort immer freiwillig. Impfen lassen musste sich dort auch keiner bis auf die Soldaten. Ich glaube, die haben darauf bestanden, dass sich die Soldaten mit dem russischen Impfstoff impfen lassen. Minsk ist eine wahnsinnig große und schöne Stadt mit 1,6 Millionen Einwohnern. Ich habe das schon lange nicht mehr gehabt: So ist eine saubere Stadt, in der alles funktioniert. Die Weißrussen sind sehr nett und sehr freundlich. Als ich nach vier Tagen zurückkam ins wirklich abgerockte Berlin, dachte ich, das ist so ein bisschen Dritte Welt. Was haben wir in den letzten dreißig Jahren eigentlich mit dem Geld gemacht? Man hätte Vorbehalte erwarten können – »warum liefert ihr schon wieder Kettenfahrzeuge gegen Russland und verhandelt nicht?« –, aber die Delegation mit fünfzig Friedensaktivisten um Owe Schattauer wurde sehr freundlich empfangen. »Schön, dass ihr Deutschen da seid, auch wenn der Anlass schrecklich ist.« Kaum war ich aus Weißrussland raus, konnte ich in der Zeitung lesen, dass jetzt Atomraketen stationiert werden, russische Atomraketen, mobile, aber eben auch festinstallierte mit Abschussrampensilos. Das ist eine Reaktion auf den Einsatz von Depleted Uranium, also abgereichte Uranmunition. Die Briten haben diese Waffe ja jetzt für die Ukraine angekündigt. Es gibt einen Film von Frieder Wagner, der zeigt, was Depleted Uranium anrichtet: »Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basrah.« Ich habe den Eindruck, dass die Politiker und die Militärs sich da in etwas verrannt haben, das langsam aber sicher sehr gefährlich wird. Mich erinnert es an die Kubakrise.

A.L.: Die Hamburger Nachrichtenillustrierte Der Spiegel nahm die Stationierung der Atomraketen zum Anlass, Weißrussland zu attestieren, es sei kein souveränes Land mehr. Die stellvertretende britische Verteidigungsministerin Baroness Annabel Goldie hatte in einem öffentlichen Chat des Ministeriums auf Nachfrage verkündet, dass diese uranbasierten, panzersprengenden Waffen im Stellvertreterkrieg in der Ukraine eingesetzt werden. Damit hat das Magazin Der Spiegel die Aussage Putins unterlegt und bewiesen, Deutschland sei kein souveränes, sondern ein besetztes Land, unter anderem durch die Stationierung von Atomwaffen am US-Kriegsstützpunkt Ramstein… es gibt einen Zusammenbruch des US-Finanzmarktkapitalismus als Modell, aber auch konkret in unserer Situation – übrigens seit dem Jahr 2007, der mit allerlei Maßnahmen überlagert wird. Nachdem die Coronalüge, auch dank der Demokratiebewegung, nicht durchzuhalten war, ist der älteste Hut, eine solche Verwertungs-, Finanz- und Währungskrise zu verarzten, der Krieg. Den wollen sie wohl mal wieder für Jahre und womöglich Jahrzehnte dort ablaufen lassen.

Mehr Bestandsaufnahme über *Apolut.net* sowie *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*

Bürger in Uniform

Der Soldat Jan Reiners wurde »unehrenhaft« entlassen.

DW: Können Sie sich einmal vorstellen.
Jan Reiners: Ich war Oberstabsgefreiter bei der Bundeswehr, wo ich insgesamt zwölf Jahre lang gedient habe. Ich war in der Logistik tätig, nicht bei der kämpfenden Truppe. Ich komme aus Ostfriesland und bin zurzeit unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen worden, worum sich aber meine Anwälte zur Zeit kümmern.

Warum wurden sie entlassen?
Weil ich mich nicht gegen Corona haben impfen lassen.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wurde beendet. Bei der Bundeswehr sieht es noch nicht danach, dass die sogenannte Duldungpflicht beendet wird, oder?
Nein, da müsste erst Druck beim Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius gemacht werden.

Warum wollten Sie sich nicht impfen lassen?
Der Stoff war eine experimentelle Substanz, und anderes als die Impfstoffe, die man als Soldat sonst bekommen muss, war dieser nur sehr, sehr kurz getestet worden und das unzureichend, weil es keine Langzeittests gab. Das war mir zu gefährlich.

Wie lief die Einführung der Duldungspflicht in der Bundeswehr ab?
Da wurden die jeweiligen Züge zusammengerufen und es kam die Ansage, dass nun die Duldungspflicht für die Coronastoffe da wäre. Jeder, der noch keine Spritze hatte, solle an diesem Tag geimpft werden.

Noch am selben Tag?
Ja, in vielen Zügen war das so. Im Verlauf wurde dann sogar teilweise die Drohung ausgesprochen, dass wer bis um 15 Uhr noch nicht geimpft sei, sofort entlassen werde. Dies war ein Befehl.

Das nennt man dann wohl Kadavergehorsam, der da eingefordert wurde. Laut einem Zeitungsbericht sagte sogar einer ihrer Richter, dass Befehle auch dann befolgt werden müssten, wenn sie gegen das Recht verstoßen. Das verstößt selbstverständlich gegen das Grundgesetz. Ich muss, laut Gesetz als Soldat, jeden Befehl, den ich bekomme daraufhin prüfen, ob er mit der Würde des Menschen und anderen Grundrechten vereinbar ist. Und das war mit der Coronaimpfung nicht der Fall.



Gesunde Skepsis: Jan Reiners wollte sich nicht spritzen lassen. Foto: Privat.

Wie wurde mit ihrer Weigerung umgegangen?
Ich wurde zu mehreren Stellen geschickt, unter anderem zum Truppenarzt. Dort stellte ich meine Fragen zur Sicherheit der Impfung, die mir nicht beantwortet werden konnten. Nachdem ich auch Kameraden auf die Nebenwirkungen hinwies, wurde mir eine Betretungsverbot für die Kaserne ausgesprochen und meine Bezüge gekürzt.

Bekamen sie da Unterstützung vom, sagen wir mal, dem Betriebsrat der Truppe?
Nein, den gibt es zwar tatsächlich unter anderem Namen, aber dieser hat sich entschlossen, im Zusammenhang mit der Duldungspflicht für die Coronaimpfung nichts zu unternehmen. Vielleicht wäre der Aufwand zu groß gewesen, weil sich zu viele Soldaten gemeldet hätten.

Wieviele Soldaten wurden denn nicht geimpft?
Laut offiziellen Zahlen lag die Impfquote bei rund 95 Prozent, was bedeutet, dass wohl rund 10.000 Soldaten wegen der Coronaspritzen aus der Bundeswehr ausgeschieden sind.

10.000 Menschen verloren ihren Job und fast niemand hat es mitbekommen. Dabei haben wir uns, ich für meinen Teil jedenfalls, als Bürger in Uniform verhalten. Denn es ist wichtig, dass wir keine stumpfen Befehlsempfänger sind, sondern als freie und selbstdenkenden Bürger unsere Arbeit machen. Die Bundeswehr wollte keine Wehrmacht sein. Und das fand ich gut und unter dieser Voraussetzung habe ich mich auch verpflichten lassen.

Und ihre Kameraden?
Ich habe versucht, einige zu unterstützen. Eine Soldatin, die ich zu einem Gespräch mit der Führung begleitete, wurde mit der Entlassung gedroht, sodass sie in Tränen ausbrach und sich dann auf der Stelle impfen ließ.

Wie ist der Stand ihres Verfahrens?
Ich bin bereits durch mehrere Instanzen durch. Noch besteht die unehrenhafte Entlassung, und ich versuche das zu ändern. Zur Zeit bin ich erst einmal arbeitssuchend. Aber ich bereue es, wenn ich die vielen Nebenwirkungen bei meinen ehemaligen Kameraden sehe, nicht. Ich habe getan, was ging. Auch mit dem Verein Soldaten für das Grundgesetz.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND TRIFFT DR. DANIELE GANSER

Der Vortrag von Dr. Daniele Ganser zum Thema »Warum ist in der Ukraine ein Krieg ausgebrochen?« in der restlos ausverkauften Dortmunder Westfalenhalle 2 am 27. März endete, wie er zweieinhalb Stunden zuvor begonnen hatte – mit stehenden Ovationen der rund 2.000 Besucher für den umjubelten Redner. Es ist offensichtlich: Immer mehr Menschen haben die Nase voll von betreutem Denken, Lügen-Propaganda und Lücken-Presse und machen sich lieber selbst ein Bild. DW-Mitarbeiter Klaus Müller war vor Ort und beglückwünschte Daniele Ganser zu seinem gelungenen Vortrag. Ein Versuch von Dortmunds umstrittenen Bürgermeister Thomas Westphal (SPD) den Auftritt zu verhindern, war vor dem OVG NRW nur wenige Tage zuvor kläglich gescheitert. Der Schweizer Historiker und Friedensforscher hat dem DW ein Interview zugesagt, es folgt voraussichtlich in einer der kommenden Ausgaben. (kmü, Foto: DW)

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

DAS WAHLRECHT MUSS GEÄNDERT WERDEN

Wir freuen uns jedes Wochenende auf Eurer super recherchierte Zeitung. Sie spricht uns aus der Seele. Der frühere Bundesinnenminister Paul Lücke, den wir mit seiner Familie persönlich kannten, wollte schon 1968 das Mehrheitswahlrecht durchbringen, da der eigentliche Wählerwille durch das jetzige Wahlsystem nicht den eigentlichen Willen des Volkes akzeptiert.

1968 gab er nach mehreren Anläufen die Idee auf und schied aus dem Amt aus. Heute wäre dieses Wahlsystem so wichtig, um wieder Ordnung in die politische Arbeit des Parlaments zu bringen und die Korruption einzudämmen. Auch damals hat die *CDU* das nicht kapiert. Heute würde sich Paul Lücke im Grabe umdrehen, wenn er dieses Desaster sehen würde.

– Klaus und Ursula T. aus dem Baumschulengürtel

AUF DEM SCHIRM

- RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand



Die Uhr tickt. Hier der Schuldenstand am 25. März 2023. Foto: Georgi Belickin

Vom Bankenglauben abgefallen

Zur sich erneut zuspitzenden Wirtschaftskrise schreibt Wirtschaftsprofessor Christian Kreiß.

2007 waren die weltweiten Schulden so hoch, dass viele Anleger das Vertrauen in die Rückzahlbarkeit ihrer Gelder verloren. So kam es zur Finanzkrise und der anschließenden »Great Recession«, der größten Nachkriegsrezession, die zu Millionen von Arbeitslosen und in einigen Ländern zu schlimmen sozialen Verhältnissen führte.

2007 beliefen sich die weltweiten Schulden von Regierungen, Nicht-Finanzunternehmen und privaten Haushalten auf 195 Prozent vom Weltsozialprodukt. Das heißt, auf jeden Dollar Wirtschaftsleistung kamen knapp zwei Dollar Schulden. Zum Vergleich: 1970 betrugen diese Schulden noch etwas über 100 Prozent der Wirtschaftsleistung, die Schuldenlast war damals also etwa halb so hoch.

Ende 2021 beliefen sich die weltweiten Schulden auf 247 Prozent vom Sozialprodukt, waren also gut 50 Prozentpunkte höher als 2007. Man hat das Schuldenproblem von 2007, die seinerzeit zu hohen Schulden also, in den letzten 14 Jahren mit noch mehr Schulden „gelöst". Würde der Schuldenzuwachs der letzten etwa 50 Jahre von 1970 bis heute noch einmal 50 Jahre so weitergehen, dann hätten wir in eineinhalb Generationen einen Schuldenberg von etwa 600 Prozent der Wirtschaftskraft, das heißt, auf jeden Dollar Wertschöpfung unserer Enkel kämen sechs Dollar Schulden.

WENDE IN DER NOTENBANKPOLITIK

Diese Überlegung zeigt, dass der Schuldenanstieg der letzten 70 Jahre keinesfalls in diesem Tempo weitergehen kann. Solch ein Schuldenwachstum ist nicht nur nicht nachhaltig, sondern unmöglich aufrechtzuerhalten.

In den letzten 15 Monaten sind die Zinsen praktisch auf der ganzen Welt dramatisch angestiegen, im Euroraum und in den USA, über alle Laufzeiten gesehen, um etwa drei Prozentpunkte. Ein guter Teil dieser Zinserhöhungen ist bei vielen Schuldnern noch gar nicht angekommen, weil viele Unternehmen, Staaten und Häuslebauer häufig langfristige Schulden haben. Bei den langfristigen Zinsbindungen sind die Zinserhöhungen noch gar nicht bemerkbar. Das wird erst allmählich in den nächsten Monaten und Jahren kommen, wenn die Zinsen auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben.

Wie sollen die vielen Zombie-Unternehmen die langsam, aber sicher stark steigende Zinslast zahlen können? Da sind Bankprobleme vorprogrammiert.

Ein Zinsanstieg um drei Prozentpunkte bedeutet bei einer weltweiten Verschuldung von 247 Prozent vom Weltsozialprodukt, dass sich die Zinslast rein rechnerisch um etwa 7,5 Prozentpunkte vom Welt-BIP erhöht. Das Welt-BIP betrug Ende 2021 etwa 96.530 Milliarden US-Dollar. Ein Zinsanstieg um drei Prozentpunkte bedeutet rein rechnerisch zusätzliche Zinszahlungen pro Jahr von etwa 7.000 Milliarden US-Dollar. Das entspricht in etwa dem BIP von Deutschland und Frankreich zusammen. Wie und von wem soll das bezahlt werden?

KOMMENDE BANKPROBLEME UND FINANZMARKTTURBULENZEN

Eine solch dramatische Erhöhung der Zinslast werden nicht alle Kreditnehmer überleben können. Das dürfte zu erheblichen Wertberichtigungen bei Banken führen. Es gibt jedoch nicht nur Zombie-Unternehmen, sondern auch viele Zombie-Staaten, also Staaten mit übermäßig hohen Schulden. Dazu gehören zum einen sehr viele sehr arme Entwicklungsländer: Die Schulden der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen haben sich zwischen 2007 und 2021 von 48,9 Prozent vom BIP auf 88,7 Prozent beinahe verdoppelt. Wie sollen die Menschen in den ärmsten der armen Länder dies jemals zurückzahlen? Wie sollen sie allein die derzeit dramatisch steigende Zinslast tragen? Da wird es reihenweise Zahlungsunfähigkeiten geben, die die Finanzmärkte belasten werden.

Zum anderen sind aber nicht nur arme Entwicklungsländer von dem starken Zinsanstieg der letzten 15 Monate betroffen, sondern auch einige Industrieländer wie Italien oder Griechenland, die sehr hohe Staatsschulden haben, oder auch Schwellenländer wie die Türkei, die hohe Auslandsverbindlichkeiten in Fremdwährung ausweisen.

Kurz: In den kommenden Monaten und Jahren dürften erhebliche Zahlungsausfälle auf viele Banken zukommen. Bankprobleme und Finanzmarktturbulenzen sind vorprogrammiert.

ERNEUT ZINSEN SENKEN UND GELDMENGE ERHÖHEN?

Natürlich könnten die Notenbanken der Industrieländer, vor allem die US-FED oder die EZB, dazu übergehen, die Zinsen nicht weiter zu erhöhen oder gar zu senken. Oder auch wieder zum Quantitative Easing zurückzukehren, zum Geldvermehren. Allerdings kollidiert das mit den immer noch ziemlich hohen Inflationsraten. Die Notenbanken der Industrieländer haben einen guten Teil ihres Pulvers während der Finanzkrise 2007 bis 2009 und während der Lockdowns 2020 und 2021 verschossen, als sie die Geldmenge beinahe verzehnfachten. Wenn sie heute erneut den Geldhahn aufdrehen wollen, könnte sehr schnell das Inflationsgespenst umgehen. Wenn die Märkte glauben, dass die Notenbanken die Inflation nicht ernsthaft bekämpfen wollen, dann wird es Verwerfungen auf den Kredit- und Kapitalmärkten geben, weil dann beispielsweise neue Kredite nur mehr widerwillig oder nur zu sehr hohen Zinsen vergeben werden. Die Anleihemärkte dürften dann abstürzen, und erneut könnten Banken mit hohen Anleihebeständen in Schwierigkeiten kommen. Also auch die Rückkehr zu Niedrigzinspolitik und massenhaftem Gelddrucken dürfte zu deutlichen ökonomischen Verwerfungen führen.

BESONDERS BRISANTE LAGE IM EURORAUM

Besonders stark gilt das für die EZB. Die Zinsen im Euroraum bilden sich seit Gründung der EZB nur mehr eingeschränkt nach Markt- und Bonitätsgesichtspunkten, sie werden vielmehr in erheblichem Umfang politisch administriert. Das führt seit Jahrzehnten zu Kapitalfehllenkungen im Euroraum. Ein Reizwort dazu sind die sehr hohen sogenannten Target2-Salden. Der Euro ist daher besonders anfällig für Währungsangriffe. Falls das Vertrauen in den Euro in den kommenden Monaten oder Jahren durch zu laxe Zinspolitik oder gar erneutes Anschmeißen der Gelddruckmaschinen unterminiert werden sollte, kann das unabsehbare Folgen haben: Beispielsweise könnte sich der Euro durch spekulative Angriffe erheblich abwerten und zu hoher importierter Inflation führen, oder es könnte gar zur Auflösung des Euro kommen, was Kontinentaleuropa in Depression und Chaos stürzen dürfte.

Dies ist ein Ausschnitt des gleichnamigen Textes der im unabhängigen Nachrichtenmagazin rubikon.news erschien. Wir danken Autor und Redaktion für die Möglichkeit des Abdrucks.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DIE BANKEN SIND SICHER!

Es ist schon gewaltig, was die Lobbyisten der Finanzbranche für eine Macht ausüben. 2008 nach der weltweiten Finanzkrise waren sie da, all die guten Vorsätze und die zahlreichen Versprechungen der Politik, jetzt endlich etwas zu ändern. Amerika und am aktuellsten die Schweiz jedoch zeigen, dass sich nichts geändert hat. Alles wie gehabt, alle eingeknickt, wieder einmal.

Da zahlt eine *Credit Suisse* 32 Milliarden an Boni, während sie gleichzeitig 3 Milliarden Verlust macht. Pervers, das einzig richtige Wort an dieser Stelle. Dafür wird sie dann gerettet, während man jedem mittelständischen Unternehmen für das gleiche Tun bildlich gesprochen den Hals umgedreht hätte. Und friedlichen Menschen werden ganz nebenbei die Konten gekündigt. Alles Zeichen dieser Zeit. In guten sonnigen Zeiten gibt man den Kunden einen Regenschirm, um Ihnen diesen bei Regen abzunehmen. Das beste Deutschland aller Zeiten.

Fast schon im Einklang verkünden einstweilen unser Kanzler und andere Regierungschefs auf dem EU-Gipfel demonstrativ, wie sicher das Bankensystem trotzdem wäre. Den Spruch kennen wir schon von früher, allerdings ging es damals um die Rente. Inflation, taumelnde Banken und fallende Aktienkurse scheinen nicht zu interessieren. Es ist besser, ihnen die Worte von heute nicht zu glauben, denn sie werden sie morgen eh vergessen haben. »Niemand wird im Stich gelassen«, die Phrasen kennen keine Grenzen. Verblödung total.

Die Zeit ist am Reifen, das ist bei gutem Hinschauen eindeutig zu sehen. Viele lernen zu verstehen: die Zusammenhänge, die Ursachen und auch die Konsequenzen. Und das Erwachen ist nicht mehr aufzuhalten, der Stein rollt, unaufhaltsam. Manchen zu langsam, aber getreu dem homöopathischen Grundprinzip: heraus eben solange wie hinein. Geduld ist eine Tugend. Und trotzdem, notwendig wie nie zuvor, Protest auf allen Ebenen. Am besten von jenen, die alles finanzieren, den deutschen Steuerzahlern aus dem deutschen Mittelstand.

Es braucht wirklich einen großen, *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und *Wandel made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

BANKENBEBEN – TEIL DES GREAT RESET

Wirtschaftsexperte Ernst Wolff zur Machtkonzentration im Finanzsystem

Trotz seiner historisch einmaligen Machtkonzentration steckt der digital-finanzielle Komplex seit einigen Jahren in Schwierigkeiten. Das Geldsystem, auf dem seine Macht beruht, ist mit der Weltfinanzkrise von 2007/08 nämlich unwiderruflich zerbrochen.

Zwar ist es dem digital-finanziellen Komplex gelungen, sich mit Hilfe von BlackRock und seinem Finanzdatenanalsystem Aladdin auch die Zentralbanken zu unterwerfen und das globale Finanzsystem mit ihrer Hilfe künstlich am Leben zu erhalten, doch handelt es sich dabei nur um eine Rettung auf Zeit, denn die Mittel, die dazu nötig waren – Geldschöpfung aus dem Nichts und permanente Zinssenkungen – haben das System untergraben und können nicht unbegrenzt fortgeführt werden.

Aus diesem Grund lässt der digital-finanzielle Komplex zurzeit – weitgehend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit – ein neues Währungssystem entwickeln: das digitale Zentralbankgeld, englisch: Central Bank Digital Currencies oder CBDCs. Vor dessen Einführung sind allerdings noch zwei große Hindernisse zu überwinden: Zum einen müssen zahlreiche technische Probleme gelöst werden und zum anderen zeigt sich immer deutlicher, dass viele Menschen nicht bereit sind, das neue Geld freiwillig zu akzeptieren.

Diese beiden Faktoren haben die globalen Machthaber offenbar zu folgender Reaktion veranlasst: Zum einen treiben sie die Entwicklung des neuen Geldes unter Hochdruck voran. CBDCs werden momentan in 119 Ländern, die mehr als 95 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung ausmachen, entwickelt. 65 Länder befinden sich in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium und über 20 – darunter Brasilien, Japan und Russland – haben bereits Pilotprojekte gestartet.

Zum anderen scheint es, als wolle man der mangelnden Akzeptanz von CBDCs mit einer Doppelstrategie begegnen. Da immer mehr Menschen erkennen, dass sich dahinter das Ende aller finanziellen Freiheit verbirgt, und sie ihr Heil daher in Kryptowährungen suchen, verbietet man diese oder versucht zumindest, sie gezielt in Schwierigkeiten zu bringen – zum Beispiel durch den vorsätzlich herbeigeführten Zusammenbruch von Krypto-Börsen. Darüber hinaus nutzen die Vermögensverwalter die gegenwärtige Endphase des bestehenden Systems, um es ohne Rücksicht auf Verluste zu plündern. Das wiederum hat für sie einen höchst erwünschten Nebeneffekt: Durch die Senkung der Reallöhne, die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen und den gleichzeitigen Abbau von Renten und weiteren Sozialleistungen erhöht sich der Druck auf die arbeitende Bevölkerung. Wenn dieser Druck dann auch noch – wie es aktuell geschieht – durch Lebensmittelknappheit und Energieengpässe verschärft wird und große Bevölkerungsteile in existentielle Not geraten, führt das auf direktem Weg in eine Situation, in der man das neue Geld – zum Beispiel in Form von universellem Grundeinkommen – nicht als Zwangsmaßnahme, sondern als Rettung des Systems oder sogar als humanitären Akt präsentieren könnte.

In dieses Gesamtbild passt auch die Bankenkrise, die wir zurzeit erleben und die keinesfalls so chaotisch abläuft, wie uns das die Mainstream-Medien weismachen wollen. Man bedenke nur den Ablauf und die Folgen der bisherigen 5 Bankenzusammenbrüche: Der Höhepunkt aller fünf fiel auf einen Freitag, so dass die Verantwortlichen jedes Mal genügend Zeit hatten, um am darauffolgenden Wochenende mit den Staatsvertretern die sogenannte Rettung zu organisieren.

Diese vermeintlich Rettung hat in allen Fällen dazu geführt, dass die Konzentration im Finanzwesen ein neues Level erreicht hat, führende Großbanken begünstigt, die für den Zusammenbruch Verantwortlichen fürstlich entschädigt, Staatshaushalte geplündert und die Steuerzahler einmal mehr zur Kasse gebeten wurden. Was wir zurzeit erleben, ist nicht etwa der verzweifelte Versuch, Banken zu retten, um uns alle vor dem Zusammenbruch des globalen Finanzsystems und seinen Folgen zu schützen. Es ist nichts anderes als die kühl kalkulierte Orchestrierung dieses Zusammenbruches zum Zweck einer letzten großen Umverteilung von unten nach oben, bevor man uns alle in das geplante Zwangskorsett von CBDCs stecken will.

OB DAS ALLERDINGS GELINGEN WIRD, IST MEHR ALS ZWEIFELHAFT.

Die größten Streiks seit über 30 Jahren in Deutschland, die Massenproteste in den Niederlanden und die bürgerkriegsartigen Zustände in Frankreich zeigen, dass die arbeitende Bevölkerung nicht länger bereit ist, eine weitere Senkung ihres Lebensstandards widerspruchslos hinzunehmen. Da die Politiker jedoch fürchten, dass ihnen jedes Zugeständnis an die Bevölkerung von den Machthabern im Hintergrund als Schwäche ausgelegt werden könnte, werden sie von ihrem harten Kurs nicht abweichen. Das wiederum wird die sozialen Spannungen weiter verschärfen. Vor allem aber wird es die Glaubwürdigkeit von Politik und den ihnen ergebenen Medien zunehmend zersetzen und so ganz automatisch dazu führen, dass immer mehr Menschen sich von beiden abwenden.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Nachrichtenportal apolut.net. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.

KONTO GEKÜNDIGT WEGEN LITERAUR!

Nur wenige Wochen nachdem der Verlag dieser Zeitung das fränzösische KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST in deutscher Originalübersetzung herausgab, kündigte die in Paris sitzende Qonto-Bank unser Konto.
Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus • IBAN: BE69 9675 5966 2478

MELDUNG

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFT SOLL KRISENFEST SEIN

München/DW. Eine von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) in Auftrag gegebene Studie des Roman Herzog Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland trotz sogenannter Pandemie, Inflation und Ukrainekrieg im internationalen Vergleich eine hohe Widerstandskraft habe. Das berichtet das Onlineportal der *Tagesschau*. In dem Resilienz-Vergleich belegt Deutschland den sechsten Platz. China und Russland rangieren auf den beiden letzten Plätzen. (kmü)

DAS NÄCHSTE UNTERNEHMEN MELDET INSOLVENZ AN

Osnabrück/DW. Die Schuhhandelskette *Reno* hat – nur sechs Monate nach einem Eigentümerwechsel – Insolvenz angemeldet. Betroffen sind rund 1.000 Mitarbeiter. Derzeit betreibt das Unternehmen bundesweit 180 Filialen. Laut Insolvenzantrag sind nur die deutschen Läden betroffen, nicht die Schwester-Unternehmen in Österreich und in der Schweiz. (kmü)

KREATIVE FORM DER ENTEIGNUNG

Düsseldorf/DW. Dass Hausbesitzer zahlen müssen, wenn eine Kommune ihr Grundstück nutzbar macht, indem vor ihrer Haustüre eine Straße gebaut wird, ist bekannt. Bislang konnten Bürger in Nordrhein-Westfalen dafür bis zu 25 Jahre nach Baubeginn zur Kasse gebeten werden. Ein dementsprechendes Gesetz hatte der Landtag erst im Juni 2022 mit großer Mehrheit verabschiedet. Es sollte den Bürgern Sicherheit geben.

Doch jetzt heißt es: Kommando zurück. Die schwarz-grüne Landesregierung will das Gesetz nach nur neun Monaten schon wieder kippen. Betroffen sind davon sogar Immobilienbesitzer, deren Häuser in bereits vor etlichen Jahrzehnten gebauten Straßen stehen. Wurde diese bis heute nicht fertiggestellt, weil zum Beispiel noch eine Laterne oder ein Bürgersteig fehlt, drohen nun möglicherweise Forderungen in bis zu fünfstelliger Höhe. (kmü)

WEGEN WIRECARD: WIRTSCHAFTSPRÜFER EY DROHT REKORDSTRAFE

Stuttgart/Berlin/DW. Der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *EY* und mehreren Mitarbeitern drohen laut dem *Handelsblatt* wegen möglicher Versäumnisse bei der Prüfung der *Wirecard*-Bilanzen Rekordstrafen. So ziehe die Prüferaufsicht *Apas* neben einem Bußgeld, das auf maximal eine Million Euro begrenzt ist, auch ein zeitlich befristetes Wettbewerbsverbot in Betracht, was einen weiteren Imageschaden bedeuten würde. Es könnte auf das bislang umfassendste Paket an Strafmaßnahmen hinauslaufen, das sie jemals verhängt hat. Über das Strafmaß sollte nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe entschieden werden. Aktuell prüft *EY* noch acht *DAX*-Unternehmen, unter anderem *Volkswagen* und die *Deutsche Bank*. (kmü)

DAS ENDE DER US-WELTHERRSCHAFT

| BERICHT von Felix Feistel

Während der Westen den Krieg gegen Russland in der Ukraine zuletzt mit der Zusage, Munition mit abgereichertem Uran liefern zu wollen, weiter eskaliert, verschieben sich die tektonischen Platten der Geopolitik derzeit maßgeblich.

Nicht nur haben mittlerweile 16 Länder erklärt, dem BRICS-Format beitreten zu wollen. Saudi-Arabien kündigte zudem an, Erdölexporte in Zukunft in Yuan, der chinesischen *Währung* abrechnen zu wollen, ein schwerer Schlag für den US-Dollar, der seine Stabilität aus seiner Funktion als Leitwährung ableitet. Maßgeblicher Faktor der Änderung der globalen Verhältnisse ist China. Zum ersten Mal wandte sich die dortige Regierung offen gegen die Hegemonie der USA und kritisierte am 7. März 2023 über staatliche Medien den amerikanischen Imperialismus, den die chinesische Regierung für zahllose Kriege verantwortlich macht.

FRIEDENSINITIATIVEN À LA CHINA

Unter der Vermittlung Chinas legten Anfang März die beiden Rivalen Saudi-Arabien und Iran ihre Streitigkeiten bei und kamen überein, wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Dieser Schritt wird im Nahen Osten mit der Hoffnung verbunden, dass sich die seit vielen Jahrzehnten konfliktreiche Region in Zukunft entspannen kann, und die unzähligen Stellvertreterkriege ihr Ende finden. Mitte März lud der Saudische König Bin Salman zudem den Präsident des Iran, Raisi, nach Riad ein.

Zudem lancierte die chinesische Regierung eine Globale Sicherheitsinitiative, die unter anderem das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, eine Achtung der Souveränität und eine Streitbeilegung auf der Basis diplomatischer Verhandlungen, vorsieht. Nur kurze Zeit später legte China einen Friedensplan für die Ukraine vor, der vorsieht, die Souveränität aller Länder anzuerkennen, die Mentalität des Kalten Krieges abzulegen, zu Friedensverhandlungen zurückzukehren, die humanitäre Krise in der Ukraine zu lösen und Atomkraftanlagen zu schützen. Ein Plan, der einen dauerhaften Frieden ermöglichen könnte. Allerdings lehnten die Ukraine und der Westen diesen Vorschlag ab.

Am 20. März traf Xi Jingping, der chinesische Präsident, in Moskau ein, wo er über einen Zeitraum von zwei Tagen intensive Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie anderen Mitgliedern der Regierung führte. Dabei wurde eine intensive Vertiefung der Beziehungen der beiden Länder erörtert und einige bilaterale Verträge unterzeichnet sowie eine gemeinsame Erklärung über die Vertiefung der umfassenden strategischen Partnerschaft. Xi sprach im Hinblick der globalen Lage auch von geopolitischen Verschiebungen und Veränderungen, die seit einem Jahrhundert nicht gesehen worden seien. Treibende Kräfte hinter diesen Veränderungen seien China und Russland.

DIE MEDIENOFFENSIVE

Nur wenige Tage vor dem Treffen hatte sich Putin in einem Artikel in der chinesischen Zeitung *People's Daily* an das chinesische Volk gewandt, in dem er die russisch-chinesischen Beziehungen lobte.

Er kündigte an, den gemeinsamen Handel zu vertiefen, der in diesem Jahr ein Volumen von 200 Milliarden Dollar erreichen solle, eine Zielmarke, die eigentlich erst für das nächste Jahr angepeilt worden war. Gleichzeitig werde der Teil des Handels, der in nationalen Währungen abgerechnet werde, ebenfalls wachsen. Putin betonte, dass Russland und China für eine Achtung des Völkerrechts und eine strikte Einhaltung der UN-Charta stünden und kritisierte die NATO, welche die internationale Sicherheit eklatant verletze. Ebenso hatte Xi Jingping in mehreren russischen Medien, darunter die Nachrichtenagentur *Ria Novosti*, einen Artikel veröffentlicht, in dem er ankündigte, ein neues Kapitel in der Beziehung zwischen den beiden Ländern aufschlagen zu wollen. Dazu werde der ohnehin schon starke, bilaterale Handel ausgebaut und die Zusammenarbeit in allen Bereichen gestärkt. Er betonte dass Russland und China gemeinsam daran arbeiten, eine multipolare Welt zu erschaffen, die von demokratischen Verhältnissen in zwischenstaatlichen Angelegenheiten geprägt sein werde.



»Ami go home«: Demonstranten am 25. März 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin

Das Treffen der beiden Staatschefs wurde in westlichen Medien mit einem Unterton der Hysterie kommentiert. So erklärte die *CNN*, dass China die US-Dominanz im nahen Osten zerstöre. Zudem wird moniert, dass die Saudis, von China ermutigt, begonnen haben, ihr politisches Handeln an eigenen, nationalen Interessen auszurichten, anstatt an den Interessen der USA.

Die Ankündigung eines internationalen Haftbefehls gegen Putin machte nur wenige Stunden nach dem Eintreffen Xis in Moskau die Runde, der darauf abzielte, die Beziehungen der beiden Staaten zueinander zu erschweren. Auch wird in westlichen Medien nun seit Kurzem betont, dass Russland und China in ihrer Geschichte stets Feinde gewesen seien, um die Bedeutung des Treffens herabzuspielen.

Nach dem Treffen von Putin und Xi Jinping signalisierte der US-amerikanische Präsident Joe Biden Bereitschaft, sich seinerseits mit Xi Jingping zu treffen. Jens Stoltenberg, Generaldirektor der *NATO* erklärte, dass Xi auch die Perspektive der Ukraine verstehen müsse und empfahl ihm, auch mit dem ukrainischen Präsidenten Selensky zu sprechen, was dieser jedoch nicht tat.

MELDUNG

GRÜNE NATIONALRÄTIN WILL KLIMASKEPSIS UNTER STRAFE STELLEN

La Tour-de-Peilz/DW. Die grüne Ideologie kennt offenbar keine Grenzen. In der Schweiz verlangt die Nationalrätin Valentine Python, dass klimaskeptische Äußerungen künftig bestraft werden sollen. »Klimaleugnung bremst das Verständnis in der Bevölkerung und behindert die Annahme von wirksamen Maßnahmen«, erklärte die *Grünen*-Politikerin gegenüber dem Newsportal Nau.ch. (kmü)

VIKTOR ORBANS UNGARN LÄSST SCHWEDEN WEITER WARTEN

Budapest/DW. Ungarn hat mit achtmonatiger Verspätung den Nato-Beitritt Finnlands ratifiziert. Damit haben mit Ausnahme der Türkei nun alle Nato-Staaten der finnischen Mitgliedschaft im sogenannten Verteidigungsbündnis zugestimmt. Der Aufnahmeprozess für Schweden hakt allerdings. Ministerpräsident Viktor Orban kritisiert, dass Schweden den Zustand von Ungarns Demokratie hinterfrage. Mit diesem Verhalten, so Orban, würde man die Wähler und Abgeordneten seines Landes beleidigen. (kmü)

Sieg für die Bauern?

Über die Wahlen in den Niederlanden. | Von Felix Feistel

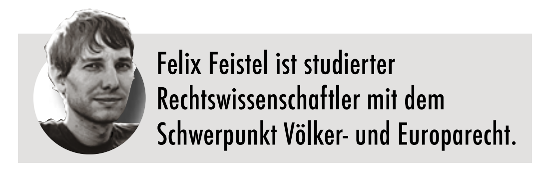
Bei den Provinzwahlen in den Niederlanden am 15. März 2023 musste die Regierungskoalition eine große Niederlage einstecken. Mit überwältigendem Ergebnis ist mit rund 20 Prozent der abgegebenen Stimmen nun mit voraussichtlich 15 Sitzen die Bauern und Bürgerbewegung (*BBB*) die größte Partei in der Abgeordnetenkammer.

Die alte Regierungskoalition wird gemeinsam nur noch 24 Sitze haben, womit ihr 14 Sitze zur absoluten Mehrheit fehlen. Die Koalition war über ihre Landwirtschaftsreformen gestolpert, die einen starken Widerstand innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen haben. Ziel war es, die Stickstoffemissionen der Landwirtschaft zu senken, indem 30 Prozent der Bauern ihre Betriebe schließen müssen. Stickstoffministerin Christianne van der Wal (*VVD*) sieht jedoch trotz der Niederlage keine Alternative zu den Reformen. Diese müssten durchgesetzt werden, um Vorgaben der EU zu erfüllen.

Die siegreich aus den Wahlen hervorgegangene *BBB* ist ein Produkt der seit vergangenem Jahr anhaltenden Proteste gegen die Reform. Doch ihre Vorsitzende, Caroline van der Plas, ist ihrerseits den Reformplänen gegenüber nicht vollkommen abgeneigt. Sie hatte signalisiert, unter veränderten Bedingungen an diesen mitzuwirken.

Wie der niederländische Politikwissenschaftler Kees van der Pijl gegenüber der russischen Auslandswelle *RT* erklärte, war die *BBB* zudem unter maßgeblicher Beteiligung der Marketingagentur *ReMark-Able* gegründet worden. Diese wiederum arbeitet auch für den Agrarkonzern *BayerMonsanto*. Sowohl der Geschäftsführer der Partei als auch Caroline van der Plas seien direkt bei der Marketingagentur angestellt.

Man könnte also vermuten, so van der Pijl weiter, dass die Partei von der Agrarindustrie bezahlt wird, was auch erklären könnte, wie es ihr gelang, vor der Wahl die notwendigen Wahlbeteiligungsgelder aufzubringen. Die Vorsitzende der Partei, Van der Plas weist Vorwürfe, dass sie von der Agrarindustrie bezahlt werde, zurück.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

»MAN SCHRIEB MIR WIR BRINGEN DICH

Blanker Hass gegenüber Andersdenkenden ist dank Politik und Mainstream-Medien seit Corona vö auch der beliebte Schweizer Comedian Marco Rima zu spüren. Im Gespräch mit DW packt er aus. | I

DW: Herr Rima, im Zuge der sogenannten Corona-Pandemie äußerten Sie sich kritisch gegenüber den Maßnahmen, traten im September 2020 bei einer Demo in Zürich auf, waren zudem Mitglied im Komitee der Initiative »Freiheitliche Bewegung Schweiz«, die Unterschriften gegen eine Impflicht sammelte. Welche Folgen hatte das für Sie?

Marco Rima: Ich wurde plötzlich als »Schwurbler« und »Verschwörer« bezeichnet und avancierte in kürzester Zeit vom Publikumsliebling zum Vollpfosten der Nation. Das Kinderhilfswerk *UNICEF*, für das ich 20 Jahre lang Botschafter war und Spenden gesammelt hatte, schmiss mich raus. Und ein langjähriger Partner beendete die Zusammenarbeit, nur weil er ein paar Hass-Mails bekommen hatte. Das *Framing* von Politik und Medien hat bestens funktioniert. Man erklärte uns zu Irren. Der Hass ging so weit, dass man daheim unseren Briefkasten mit Klopapier vollstopfte und ich anonyme Morddrohungen erhielt.

DW: In welcher Form?

M.R.: Ich bekam Briefe, in denen stand: »Wir bringen dich um!« Meine Frau Christina erhielt Hass-Nachrichten per Mail, darin hieß es: «Ich freue mich, wenn ich zusehen kann, wie dein Mann blutig geprügelt wird und deine Kinder verrecken.» Sogar ein ehemaliger Mitarbeiter des Justizdepartements schrieb uns, er würde sich freuen, wenn man mich zusammenschlägt. Aber immerhin: 90 Prozent aller Zuschriften waren positiv.

DW: Was haben die Drohungen mit Ihnen gemacht?

M.R.: Ich hatte keine Angst. Mir war bewusst: Menschen, die so etwas tun, sind wirr im Kopf. Als sie dann im *Lockdown* eingesperrt wurden, hatten sie viel Zeit, um ihr schäbiges Gedankengut loszuwerden. Gelitten hat unser kleinster Sohn. Er war damals acht Jahre und erlebte hautnah, dass mich Leute angepflaumt haben. Hinzu kam: Als ich im Januar 2021 positiv auf Corona getestet wurde, war der Aufschrei in den Medien groß. Plötzlich lungerte ein »*Blick*«-Reporter vor unserem Haus herum und versetzte meinen Sohn in Panik. Er hatte Angst, dass er »Papa totschießen« könnte. Daraufhin wollte er mein Leben beschützen, war sechs Wochen lang mein *Bodyguard* und ist nicht mehr zur Schule gegangen.

»IN EINEM SUPERMARKT WURDE ICH ALS *MÖRDER* BESCHIMPFT«

DW: Was ging in Ihnen vor, als es im Frühjahr 2020 mit Corona losging?

M.R.: Für mich war es nie eine Pandemie. Ich glaube, ich hatte in meinem Leben schon oft Corona, nur hat man es da noch als Grippe bezeichnet. Deshalb hatte ich auch keine Angst vor einer Corona-Erkrankung. Große Sorgen machte ich mir einzig um den Verlust unserer Grundrechte. Ich konnte es kaum glauben, aber es war offensichtlich: Die Menschheit hatte aus der Geschichte nichts gelernt, gewisse Mechanismen wiederholten sich. Plötzlich stand Gesundheit über Freiheit, die Maske war das Symbol der Solidarität. Viele waren wie gehirngewaschen. Es galt nur noch die Gleichung: Mensch plus Maske gleich ungefährlich. Ich habe mich geweigert, sie zu tragen. In einem Supermarkt wurde ich deshalb als »Mörder« beschimpft. Der gesunde Menschenverstand spielte keine Rolle mehr. Und ich habe meine Unbeschwertheit verloren.

DW: Wie äußert sich das?

M.R.: Erst gestern hatte ich eine Begegnung: Ein Mann guckte mich von der Seite an und ich dachte bereits: Oh je, jetzt werde ich gleich wieder übel beleidigt. Doch das Gegenteil passierte: Er kam, umarmte mich und bedankte sich bei mir für meinen Mut und meine klaren Worte.

DW: Wie war das alles, was wir erlebten, überhaupt möglich?

M.R.: Für die Politik gab es nur die eine Wissenschaft. Alle, die Zweifel äußerten, waren Vollidioten. Dabei bedeutet Wissenschaft: Man schafft Wissen, doch Zweifel, Widerspruch, Kritik und eine unaufgeregte Debatte gehören unabdingbar dazu. Das war auf einmal nicht mehr der Fall. Die dafür verantwortlichen Politiker wie beispielsweise EU-Präsidentin Ursula von der Leyen sind für mich üble, hochkriminelle Verbrecher, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Das komplette System hat versagt: Auch viele Richter sind korrupt. Und einen riesigen Vorwurf mache ich den Medien: Anstatt die Politik kritisch zu hinterfragen, haben sie deren Lügen verbreitet, die Stimmung aufgeheizt und zur Spaltung der Gesellschaft massiv beigetragen. Der Vertrauensverlust in Politik, Gerichte und Medien ist enorm.

DW: Sie sind derzeit mit Ihrem aktuellen Programm »Ich weiß es nicht …« auf großer Tour durch die Schweiz und Liechtenstein. Wie ist die Resonanz?

M.R.: Während Corona habe ich eine geplante Tour zunächst zweimal verschoben, dann abgesagt. Ich wollte nicht vor Autos oder Menschen mit Masken auftreten, sondern erst wieder spielen, wenn alle willkommen sind. Vor Corona hatte ich 35 Jahre immer volle Häuser. Mit meinem neuen Programm erreiche ich eine Auslastung von 60 bis 100 Prozent der Kapazitäten. Das *Framing* zeigt also Wirkung. Aber ich spiele mich zurück, die Begeisterung ist groß. Hinzu kommt: Die Kulturbranche leidet nach wie vor unter den Maßnahmen der vergangenen drei Jahre. Ich habe Kollegen gebeten: Lasst uns die Menschen motivieren, sich wieder am Leben zu erfreuen. Alle haben abgewunken. Viele hatten auch Angst, mit mir in Verbindung gebracht zu werden.

»ICH DACHTE: WENN ICH MORGEN STERBE, DANN IST ES GUT»

DW: Ihre Karriere verläuft dennoch wieder in ruhigerem Fahrwasser?

M.R.: Das kann man so sagen. Wissen Sie was? Ich bekam 2022 sogar eine Anfrage für die *RTL*-Show »Denn sie wissen nicht, was passiert« mit Günther Jauch, Thomas Gottschalk und Barbara Schöneberger. Meine Frau fragte mich direkt ungläubig: »Meinen die das ernst?« Auf Nachfrage erklärte man ihr: »Ja, wir wollen schließlich die Besten.« Daraufhin sagte sie ganz offen, dass ich eine vom *Mainstream* abweichende Einstellung zum Thema Corona hätte – am nächsten Tag folgte die Absage. Wäre es zu meinem Auftritt gekommen, hätte die Empörung danach sicher keine Grenzen gekannt und die Medien hätten gefragt: »Warum war ein Querdenker in einer großen Unterhaltungsshow zu sehen?« So war es ja bei Nena nach ihrem Auftritt in der Silbereisen-Show »Schlagerjubiläum«.

DW: Haben Sie um Ihre Karriere gebangt?

M.R.: Nein, so weit ging es nicht. Aber ich hatte während der Corona-Zeit zwei, drei dunkle Momente, in denen ich dachte: Wenn ich morgen sterbe, dann ist es gut. In einer Welt voller Spaltung, Lügen und Hass möchte ich nicht leben. Und ich bin alles andere als ein selbstmordgefährdeter Mensch. Ich liebe das Leben, hatte bis dato fast 62 tolle Jahre.

DW: Am 22. Oktober finden die Schweizer Parlamentswahlen statt. Wie stellt sich die politische Lage in Ihrem Land dar?

M.R.: Es gibt eine große Wahlverdrossenheit, was ich bedauerlich finde. In meinem aktuellen Programm frage ich: Was würde es kosten, wenn man Politiker durch Fachkräfte ersetzt? Der Mensch hat viel erfunden: Autos ohne Fahrer, Kaffee ohne Koffein, Bier ohne Alkohol, aber ein Parlament ohne Vollidioten bekommen wir offenbar nicht hin. Das sind wir selbst schuld.

DW: Inwiefern?

M.R.: Wenn immer weniger Menschen wählen, dürfen wir uns nicht wundern, dass sich nichts ändert. Ich bin sehr unglücklich mit der Politik in der Schweiz, daran ändert auch unsere »direkte Demokratie« nichts. Loriot sagte mal: »Der beste Platz für einen Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.« Ich glaube, das Parteiensystem ist am Ende. Unsere Volksvertreter handeln nicht im Sinne der Bürger. Ihr Motto sollte lauten: *Germany first* bzw. *Switzerland first*. Erst wenn es dem eigenen Volk gutgeht, kann man auch anderen helfen.

DW: Wie blickt man derzeit in der Schweiz auf Deutschland?

M.R.: Die Ampel-Regierung ist eine große Lachnummer. Sie macht mir als *Comedian* ernsthaft Konkurrenz. Ich befürchte, Deutschland wird gegen die Wand gefahren. Aber das gilt ebenso für die Schweiz. Europa merkt nicht, dass es nur ein Spielball der großen Mächte ist. Ich liebe Deutschland, habe miterlebt, dass man 2006 während der Fußball-WM als Deutscher wieder stolz auf sein Land sein durfte – aber dieses Gefühl wurde in den letzten drei Jahren komplett zerstört. Wer offen seine Meinung sagt, gilt sofort als Corona-, Wohlstands- oder Klimaleugner. Diese Begriffe kommen nicht von ungefähr, sie sollen uns in eine Ecke mit Holocaustleugnern stellen. Ich mache mir Sorgen um unsere Freiheit. Wir leben sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz noch in einer Demokratie, aber sie ist nicht mehr richtig intakt.

DW: Im schweizerischen Davos treffen sich beim Weltwirtschaftsforum jährlich die Reichen und Mächtigen der Welt. Was ist für Sie der *Great Reset* – noch eine Verschwörungstheorie oder ein böser Plan, der mehr und mehr zur Realität wird?

M.R.: Ich habe das Buch nie gelesen. Aber für mich ist völlig klar: Es geht immer nur um Geld und Macht. Die Mächtigen wollen das Volk klein halten, uns zu Gesellschaftssoldaten bzw. Sklaven erziehen, die arbeiten, Steuern zahlen und ihre Schnauze halten. Jetzt werden die Bürger bereits enteignet. Stichwort: Häusersanierung!

DW: Kennen Sie in Ihrem Umfeld Menschen mit einem Impfschaden?

M.R.: Mehrere namhafte Prominente haben sich bei mir gemeldet, sie sind verzweifelt, denn sie haben massive Impfschäden erlitten. Auch Spitzensportler sind betroffen, ihre Karrieren aufgrund der Spritzen vorbei. Ich weiß nicht, warum sie nicht an die Öffentlichkeit gehen – vielleicht aus Scham oder um ihre Sponsorenverträge nicht zu gefährden. In meinem privaten Umfeld sind Menschen nach dem *Booster* verstorben. Und die Krebsfälle explodieren. Ich kenne vier Leute mit Bauchspeicheldrüsenkrebs. Es ist erschreckend. Und Novak Djokovic darf nach wie vor nicht an Turnieren in den USA teilnehmen. Wie krank ist das? Ich weiß von vielen Spitzensportlern und

:
UM!»

llig normal. Das bekam
nterview von Klaus Müller

Politikern, dass sie nicht geimpft sind. Der Arzt hat bei ihnen »vorbeigeschossen« – diese Option hatte ich auch, kam für mich aber nicht infrage. Ein Freund von mir ist Professor an der *Stanford University*, Forscher der mRNA-Technologie. Er sagt: In der Theorie ist sie super, in der Praxis noch nicht anwendbar, weil sie hochriskant sei.

»WACHSAMKEIT UND FRIEDVOLLER WIDERSTAND SIND WICHTIGER DENN JE«

DW: Glauben Sie an eine ernsthafte Aufarbeitung der Corona-Zeit?
M.R.: Ich hoffe darauf, befürchte aber, dass sie nicht gewollt ist. Auch heute noch wird die vermeintliche Solidarität gelobt, die Übersterblichkeit dagegen totgeschwiegen. Hat sich schon jemand bei Professor Sucharit Bhakdi, Professor Stefan Hockertz oder Dr. Wolfgang Wodarg entschuldigt? Von einer Rehabilitierung ganz zu schweigen. Stattdessen sucht man, obwohl wir von Anfang an recht hatten, krampfhaft nach Argumenten, warum wir trotzdem Idioten sind. Aber es ist wichtig, dass wir alle wieder zusammenfinden. Ich werde immer meine Hand ausstrecken. Es ist nicht alles entschuldbar, ich werde auch nicht alles vergessen, aber ich bin bereit zu verzeihen, wenn es unser aller Ziel ist, dass so etwas nie mehr passieren darf.

DW: Ihr *YouTube*-Kanal hat rund 50.000 Abonnenten, dort haben Sie eine Satirereihe mit dem Titel »Übrigens ...«, in der Sie auf humoristische Art und Weise mit großartigen Wortspielen aktuelle Themen auf den Punkt bringen. In einer Folge widmen Sie sich dem Klima, u. a. mit einem Reim: »Der Rima, der Rima, der leugnet das Klima.« Was halten Sie von der Klima-Debatte?
M.R.: Klimawechsel hat es schon immer gegeben. Wer sich nur ein bisschen für Geschichte interessiert, der weiß, dass es vor 2.000 Jahren auf unserer Erde im Schnitt 2,5 Grad wärmer war. Uns wurde vor 50 Jahren gesagt, der Wald stirbt. Heute haben wir 30 Prozent mehr Grünflächen auf der Welt. Klar, es ist nicht alles gut. Bei uns in der Schweiz sind die Seen so sauber, dass die Fische an Magersucht leiden und man für ein Fischstäbchen zehn Fische benötigt. Aber man sollte aufhören, so zu tun, als würde morgen die Welt untergehen.

DW: Droht uns nach Corona nun eine Klima-Diktatur?
M.R.: Es geht in diese Richtung. Man versetzt die Menschen wieder in Angst und Schrecken und sie glauben den verzapften Müll. Die Erde ist keine tote Materie, sondern ein Organismus. Natürlich müssen wir sorgsam mit der Natur und ihren Ressourcen umgehen. Aber wie können Menschen glauben, wir hätten Einfluss auf das Klima? Wir bekommen es ja nicht einmal hin, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen. Es ist alles nur noch ideologisch geprägt. Ich mache da nicht mit.

DW: In einem Interview sagte Ihre Frau, dass Sie ein Held für sie sind. Gibt es rückblickend irgendwas, das Sie bereuen?
M.R.: Ich bereue gar nichts und würde alles wieder genauso machen. Wie jeder andere Mensch habe ich die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen, auch ich mache Fehler, trage aber die Konsequenzen dafür. Wichtig ist mir: Ich kann ruhigen Gewissens in den Spiegel blicken. Und ich werde mich nicht ändern: Wenn ich merke, dass irgendwas nicht stimmt, hebe ich die Hand und sage meine Meinung, selbst wenn ich damit gegen den Strom schwimme. So erziehe ich auch meine Kinder. Und ich lasse mir niemals die Hoheit über meinen eigenen Körper nehmen. Wenn wir brav den Vorgaben unserer sogenannten Volksvertreter folgen, landen wir in totalitären Zeiten.

Der soziale Frieden ist in großer Gefahr. In Anbetracht der Pfeifen, die wir derzeit weltweit in den Regierungen haben, gilt umso mehr: Wachsamkeit und friedvoller Widerstand sind wichtiger denn je!

DW: Herr Rima, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Derzeit tourt Marco Rima mit seinem Programm »Ich weiß es nicht ...« durch die Schweiz und Liechtenstein. 2024 ist eine Deutschlandtournee geplant. Foto: Manfred Huber



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

ZUR PERSON

Schon seit mehr als 40 Jahren ist der Schweizer Marco Rima erfolgreich als *Comedian* – nicht nur in seinem Heimatland, auch in Deutschland, wo er 1996 auf *Sat.1* als Mitglied im Team der »Wochenshow« bekannt wurde und 2008 mit »Die Marco Rima Show« sein eigenes Format bekam. Der studierte Grundschullehrer und vierfache Familienvater, der von seiner Ehefrau Christina gemanagt wird, erhielt fünf Mal den *Prix Walo*, der als wichtigste Auszeichnung im Schweizer *Showbusiness* gilt. Doch dann kam Corona und Rima »avancierte in kürzester Zeit vom Publikumsliebling zum Vollpfosten der Nation«.

Am Scheideweg

Die jetzige Menschheit muss sich entscheiden zwischen einer Epoche des verschärften Despotismus und einer neuen Ära der Freiheit. Auszug aus »Strategien der Macht. Wie die Eliten uns die Freiheit rauben und wie wir sie zurückgewinnen.« | Von Roland Rottenfußer

Wenn ein bestimmtes Prinzip – in diesem Fall Sicherheits-Autoritarismus – überreizt wird, kann sich im historischen Prozess eine Gegenkraft formieren. Die leidvollen Erfahrungen der letzten Jahre könnten wieder ein gesteigertes Bedürfnis nach Selbstbestimmung wachrufen. Ich sehe sogar ein »Gelegenheitsfenster« für eine starke Freiheitsbewegung, sofern wir uns nicht einreden lassen, dies sei im Angesicht des Kriegsgeschehens hinfällig geworden.

Diese Entwicklung müssen wir vorbereiten, indem wir die Erinnerung an alte Freiheitsimpulse lebendig halten und zugleich den Geist des Neuen in unseren Schriften sowie in gemeinschaftlichem Handeln pflegen. Wir hätten somit als Menschen, die sich noch an das »alte Leben« erinnern, die Funktion von Hütern des Feuers. Das Alte allerdings genügt nicht, weder nur unter ökologischen und ökonomischen Aspekten noch unter solchen der Freiheit. Der Liberalismus-Nostalgie muss sich die Vision einer neuen befreiten Gesellschaft anschließen.

Umrisse einer Freiheitsbewegung zeigen sich glücklicherweise schon jetzt. Als ich 2018 in einem Artikel eine solche Bewegung forderte, anknüpfend an die Erfahrungen der 68er, jedoch unter Vermeidung von deren Fehlern, war das Echo darauf eher mau. Weder gab es begeisterte Zustimmung noch nennenswerte Widerstände. Was ich anzuregen versuchte, war einfach »kein Thema«. Heute hat sich die Situation etwas gedreht. Noch nie in dem für mich überschaubaren Zeitraum waren so viele Menschen über einen so großen Zeitraum in so vielen großen und auch kleinen Städten für die Freiheit in Bewegung. Die Menschen beginnen aus der Erfahrung des Entzugs zu lernen, was das ihnen Entzogene wert gewesen war.

Wir sollten jedoch nicht naiv sein: Ein »Freedom Day« kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich noch immer um eine gnadenhalber gewährte Freiheit handeln würde. Es wäre dies keine von den Bürgern selbst wirklich gewollte und erkämpfte Freiheit. Es wäre allenfalls ein bisschen »unsere« Freiheit, weil die Protestbewegung doch seit Dezember 2021 etwas, wenn auch viel zu spät und nicht im erforderlichen Ausmaß, angeschwollen ist. Wenn uns Freiheiten von einem Olaf Scholz, einem Karl Lauterbach oder einer Ministerpräsidentenkonferenz quasi geschenkt werden, so ist es auf keinen Fall die wahre Freiheit. Denn dieser fein dosierte, in fast sadistischer Weise immer wieder hinausgeschobene Akt des »Zurückgebens« von Freiheiten ist ein vergiftetes Geschenk – schon deshalb, weil er mit der zutiefst anmaßenden Prämisse verknüpft ist, Politiker hätten das Recht, uns unsere Selbstbestimmung nach Gusto zu geben oder wieder zu nehmen.

UND SIE GEWÄHRTEN EINEN FREEDOM DAY

Wenn wir »Lockerungen« ergriffen entgegennehmen, ohne auf einer gründlichen Aufarbeitung des desaströsen Geschehens zu bestehen, ohne auch eine klare Absicherung und erhebliche Ausweitung der Freiheit zu fordern, dann tragen Lockerungen schon die Keimzelle künftiger Verschärfungen in sich. Die Versuchung für die Mächtigen wäre groß, auf einem durch »Corona« gut zugerittenen Volk weiter in Richtung Despotismus zu galoppieren – ob der Anlass nun eine neue Virusvariante wäre, eine neue Kriegsangst oder ein ganz anderes Thema.

Vor allem beruhen »Freedom Days«, wie wir sie derzeit in vielen Ländern erleben, nicht auf einem Naturrechtsbegriff, wie ihn Friedrich Schiller in Wilhelm Tell poetisch darstellte. Politiker scheren sich nicht um Naturrechte. Sie stehen ihrem eigenen Selbstverständnis nach über der Natur oder versuchen gar Gott zu spielen, indem sie das allsehende Auge mithilfe tausender Überwachungskameras zu imitieren versuchen. Die Freiheit, die ich meine, ist kein Hundekuchen, den man erfolgreich Dressierten gönnerhaft hinwirft. Konkret ausgedrückt: Sie ist keine Belohnung für ausreichenden Impfeifer, sondern – wie die Bezeichnung »Grundrecht« aussagt – etwas, was dem Menschen grundsätzlich und immer zukommt. Die Menschen brauchen keine Repressionspause, sondern dauerhafte Ruhe vor den ihr Leben erstickenden Nachstellungen selbst ernannter Eliten. Sie brauchen Freiheit – keinen Freigang, der nur für kurze Zeit das Gefängnissystem vergessen macht, in dessen Rahmen er »gewährt« wurde. Wir wollen keinen Freedom Day, sondern ein Freedom Life. (...)

FREIHEIT ODER TOD?

Die kommenden Monate und Jahre werden entscheidend sein, weil sie zeigen werden, ob und was wir aus dem Desaster gelernt haben. Sie werden zeigen, wie viel uns an der Freiheit liegt im Angesicht ihres an



Mit dem Rechtsstaat gegen die Unterdrücker: Christian Köhler, Erwachende Germania, 1848/49, Öl auf Leinwand, 220x280 cm, Historische Gesellschaft New York.

Brutalität kaum zu überbietenden vorübergehenden Entzugs. Von Nikos Kazantzakis gibt es einen Roman über den Freiheitskampf der Griechen gegen die türkische Besatzung: Freiheit oder Tod. Würden wir so weit gehen? Wären wir bereit, für die Freiheit zu sterben? Ich kann meine Leserinnen und Leser beruhigen: Weder bin ich selbst felsenfest sicher, dass ich diesen Mut aufbrächte, noch halte ich ein derartiges Opfer derzeit für notwendig. Allerdings unter einer bestimmten Voraussetzung: Wenn möglichst viele »normale« Menschen bereit sind, für die Freiheit zu leben, braucht niemand für sie zu sterben. Wenn viele zu kleinen Helden werden, braucht es keine großen, um uns aus dem Repressionssumpf herauszuziehen, in dem wir gerade feststecken. (...)

An der Schwelle zu einem neuen globalen Zeitalter des Despotismus müssen wir uns jetzt entscheiden: Wollen wir eine weitestgehende Absicherung gegen das Sterberisiko um den Preis, ein unlebendiges Leben zu führen? Wie wir wählen, ist auch eine Frage des Mutes. Denn Freiheit und Lebendigkeit gibt es nie ganz ohne Risiko – wie alles, was wirklich von Wert ist.

»Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben«, sagte Hitler, als er in einer Rede den typischen Lebenslauf eines Staatsbürgers skizzierte, einschließlich Hitlerjugend-, Wehrmacht- und Parteizugehörigkeit. Ich weiß durchaus um die Unterschiede zwischen der Nazi-Diktatur zu den heutigen Verhältnissen. Aber lassen Sie diese Vision für einen Moment in ihrer ganzen beklemmenden Gewalt an sich herankommen: Es könnte sein, dass wir nicht mehr frei sein werden unser ganzes Leben. Viele von uns könnten noch Jahrzehnte der Drangsalierung, der Terrorisierung durch ein Stakkato von Angst-Nachrichten, der Gesichtsverhüllung, der Totalüberwachung und Vergiftung durch erzwungene Medikation und Impfung vor sich haben, bevor sie dann auf ihrem Sterbebett merken, dass sie kaum gelebt haben. Allenfalls noch vor dem Jahr 2020.

Es muss nicht so kommen. Ich konstatiere sogar in den Mainstream-Medien und in den Parteien derzeit ein stärkeres Unbehagen über zu rigide Maßnahmen als zuvor. Ich erlebe, wie »normale« Menschen, die sicher keine Leser der alternativen Medien sind, sehr gut informiert und kritisch über Corona reden — auch wenn das Narrativ »Wir leben immer noch in einer Demokratie« in diesen Kreisen stark ist. Ich erlebe eine begeisternde Fülle größerer und kleinerer Demonstrationen in den Gemeinden. Ich erlebe aber auch, wie »Hygiene-Rituale«, Duckmäusertum und Freizeitpolizistenmentalität in der Bevölkerung zur Gewohnheit geworden sind.

EIN FRAGILER TANZ ZWISCHEN FREIHEIT UND DESPOTISMUS

Die Sache der Freiheit steht Spitz auf Knopf. Wir sind erschöpft und müssen dennoch und gerade jetzt weiterkämpfen. Auch gegen die einschläfernde Wirkung, die »Lockerungen« auf uns ausüben können. Kompromisslerische Zufriedenheit oder gar Dankbarkeit denen gegenüber, die uns das Leben über zwei Jahre zur Hölle gemacht haben, um nun lediglich die Betriebstemperatur ein wenig zu verringern, könnte sich lähmend auswirken. Ein Nachlassen der Widerstandsenergie gerade jetzt dürfte sich auf längere Sicht rächen, weil uns dann noch Unerträglicheres bevorsteht, das uns weiter ermüden und schwächen wird. Was bevorstehen kann, wird vielleicht keine vollendete und eindeutig als solche erkennbare Diktatur sein, eher ein fragiler Tanz zwischen Freiheit und Despotismus, bei dem sich mal die eine, mal die andere Kraft in den Vordergrund schiebt, immer aber beide auf der Tanzfläche bleiben.

Leben heißt, mit verschiedenartigen Bedrohungen zu leben. Es heißt, sich dennoch das Glück und die Leichtigkeit, die als Potenzial ebenfalls in unserem Wesen angelegt sind, immer neu voll Tapferkeit und Zuversicht zu erobern. Wir müssen uns an dieser Weggabelung entscheiden, wie wir leben wollen.

Bleiben wir also den Werten verbunden, die wir als gut und richtig erkannt haben und die jetzt zur Disposition zu stehen scheinen. Bleiben wir ihnen treu auch noch in ihrer Verformung und Pervertierung durch destruktive Kräfte. Bleiben wir ihnen treu selbst dann, wenn wir uns infolge unseres Festhaltens am Bewährten oft sehr einsam, ja verspottet und verachtet fühlen. Etwas in uns weiß immer, was die Werte der Wahrheit, der Freiheit und der Güte von uns erfordern, egal wie lange dieses Wissen unter öffentlichem Beschuss gestanden hat.

Bleiben wir wachsam, wenn man uns Menschlichkeit schlechtzureden versucht.

ERINNERUNG AN DIE FREIHEIT

Interview mit dem Autoren Roland Rottenfußer.

DW: Herr Rottenfußer: Was verstehen Sie unter Macht und was unter Freiheit?
Roland Rottenfußer: Macht erscheint in meinem Buch als die Möglichkeit, andere zu etwas zu zwingen, was sie nicht wollen oder sie von etwas abzuhalten, was sie gerne täten. Charlie Chaplin sagte: »Macht brauchst Du nur, wenn Du etwas Böses vorhast. Für alles andere reicht Liebe.« Dem gegenüber bedeutet Freiheit, nicht dem deformierenden Zugriff der Macht ausgesetzt zu sein, sich also seinen eigen inneren Gesetzmäßigkeiten nach entwickeln zu können.

DW:Warum sind Ihnen diese beiden Themen so wichtig?
R.R.: Es werden meist nur einzelne Mächtige angezweifelt, nie die Existenzberechtigung der Macht selbst. Dies ist aber notwendig, weil Macht wie giftiges Wasser ist, das bis in die kleinste Ritze des Gesellschaftsgebäudes eindringt. Die Brisanz des Themas ergibt sich aus dem unglaublichen Exzess der Freiheitsberaubung während der Coronazeit. Das Fehlen von Freiheit verursacht eine Enge des Handelns und des Denkens, die den Menschen von sich selbst entfremdet, eine Scham sich wehrlos zu fühlen, die letztlich die psychosomatische Gesundheit mehr gefährdet als es jeder Virus könnte.



Das Volk muss sich gegen eine totalitäre Politik zur Wehr setzen: Diese Demonstrantin hat eine klare Vision. Foto: Georgi Belickin

DW: Haben Sie ein *Ranking*? Was sind die wichtigsten »Strategien der Macht«?
R.R.: Die Nummer Eins ist Propaganda, die Kunst, Sklaven ihre Ketten schmackhaft zu machen. Die grundlegende Erzählung der Macht ist, dass Machtausübung notwendig und zum Wohle der ihr Unterworfenen sei, die Fiktion eines Kompetenzgefälles zwischen Herrschern und Beherrschten. Nummer Zwei ist ein engmaschiges Netz der Kontrolle, das dem Aufspüren von »Fehlverhalten«, zugleich auch der Verhaltenssteuerung dient. Nummer Drei sind Strafen, die Nietzsche als »Grausamkeit mit guten Gewissen« bezeichnete.

DW: Ihr Buch ist prall gefüllt mit Beispielen aus Weltliteratur und Populärkultur. Was können wir aus Romanen lernen, aus Filmen, aus Liedern?
R.R.: Alles, was wir zur Analyse und Bewältigung der jetzigen politischen Lage bräuchten, ist von klugen Menschen der Vergangenheit und Gegenwart schon gesagt worden. Ich will einen Teil dieses vergessenen freiheitlichen Kulturguts wieder zugänglich machen. Literatur, Filme Lieder sind mehr als die Gedanken »kluger Köpfe«. Sie sprechen vom Herzen und zu den Herzen der Menschen.

Sie helfen, eine Situation aus der Distanz und dadurch klarer zu sehen, als dies der Tunnelblick erlaubt, zu dem uns tagespolitische Debatten oft zwingen. Andererseits arbeitet Kunst, indem sie uns das Schicksal konkreter Menschen lebendig vor Augen führt. Eine geniale Geschichte wie die von Dostojewskijs Großinquisitor öffnet die Augen weiter und nachhaltiger, als es hundert kluge Sachartikel vermögen.

DW: Wer sollte Ihr Buch lesen?
R.R.: Wer die Freiheit liebt und die Demütigungen der Vergangenheit satthat. Aber auch Menschen, die es zugelassen haben, dass die Macht sie ihrem natürlichen Selbstbehauptungswillen entfremdet hat und die ahnen, dass ihnen eine Erinnerung an die Freiheit guttun würde.

Die Fragen stellte Prof. Michael Meyen.



SPORT MIT BERTHOLD

TRAINER SETZT IN DIE SPUR

Angriff, Mittelfeld, Abwehr, Torwart – der Fußball hat verschiedene Mannschaftsteile. Was zeichnet jeden aus?

Auf jeden Fall: Mit einer guten Abwehr gewinnt man Titel. Das soll die anderen Mannschaftsteile nicht abwerten, aber so ist es nun einmal. Die Schlagzeilen gehören den Offensivspielern und den »Zauberern« im Mittelfeld.

Da kommt schon die eine oder andere Diva hervor. Aber in einer gesunden, homogenen Mannschaft gibt es immer eine Selbstreinigung, wenn der eine oder andere abheben sollte. Letztlich ist eine Fußballmannschaft eine Zweckgemeinschaft aus Einzelunternehmern, dafür braucht es einen Trainer, der wie ein Dompteur die Raubtiere in die Spur setzt.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



ERSCHRECKT NICHT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S. U. I.

Ob wir die letzte Generation sind , weiß Gott allein. Aber das Ende dieser Welt ist tatsächlich in der Bibel vorhergesagt: »Himmel und Erde werden vergehen …« (Lukas 21,33).

Daran wird auch ein panischer Klimaaktionismus nicht viel ändern – und schon gar nicht, wenn er mit unmenschlichen und verlogenen Mitteln agiert. Denn wer das Klima – und wer weiß schon wirklich genau, wie das funktioniert – mehr schützen will als den Menschen, rettet nicht! Biblische Texte geben uns verschiedene Einblicke in die Zukunft. Hier ein paar Bausteine:

Am »Ende der Zeit« werden die Völker gottlos, böse, chaotisch. Es wird so schlimm, dass Gott alle, die an ihn glauben, von dieser Erde in einem Augenblick entrückt – mitsamt den Toten, die »in Christus entschlafen« sind. Danach wird Christus wieder kommen mit »Macht und Herrlichkeit« (Lukas 21) und sein 1.000-jähriges Friedensreich von Jerusalem aus aufrichten (Offenbarung 20). Danach kommt das Endgericht und für die Erlösten die Herrlichkeit in Ewigkeit.

Dem zweiten Kommen Jesus gehen globale Ereignisse voraus, die Jesus selbst mit einer Geburt vergleicht (Matthäus 24). Zu den Wehenschmerzen gehören: Verführung – das heißt Verwirrung der Menschen durch Lügen, Manipulation, spirituelle und religiöse Täuschungen –, Kriege und Kriegslügen, Seuchen und Hungersnöte, viele Erdbeben und schließlich die Weltherrschaft durch einen Menschen, den Antichristen. Er fasziniert, fordert Anbetung, absoluten Gehorsam, verspricht Heil und bringt Unheil, täuscht und regiert mit Brutalität (Daniel 7,7f). Erkennen wir die Vorläufer in Geschichte und Gegenwart?! Er wird als Voraussetzung für »kaufen und verkaufen« ein »Zeichen an Stirn oder Hand« verlangen. Wehe dem, der es annimmt (Offenbarung 14,9).

Christenverfolgungen nehmen zu und aufgrund des enormen Drucks gibt es Verrat unter Freunden und in Familien. Die Liebe unter den Menschen erkaltet, weil Ungerechtigkeit überhandnimmt. Unser demokratischer Widerstand hat mit Wahrheitsliebe und dem Ringen um Gerechtigkeit »Wehenschmerzen« gemildert – aber nur die Umkehr zu Gott kann den Geburtsverlauf noch aufhalten. Machen wir uns bereit, unserem Schöpfer und Richter zu begegnen und machen Frieden mit ihm, der sagt: »Erschreckt nicht, habt festen Blick, erhebt eure Häupter«, habt Hoffnung, »weil eure Erlösung naht« (Lukas 21,28). Wer diese Hoffnung hat, gehört zur *ever lasting*, zur ewig bleibenden Generation.

Die Autorin veröffentlicht hier anonym, da die Nennung ihres Namens ihre berufliche Existenz gefährdet. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

ZUERST IGNORIEREN SIE DICH, DANN LACHEN SIE ÜBER DICH, DANN BEKÄMPFEN SIE DICH UND DANN GEWINNST DU.
MAHATMA GANDHI